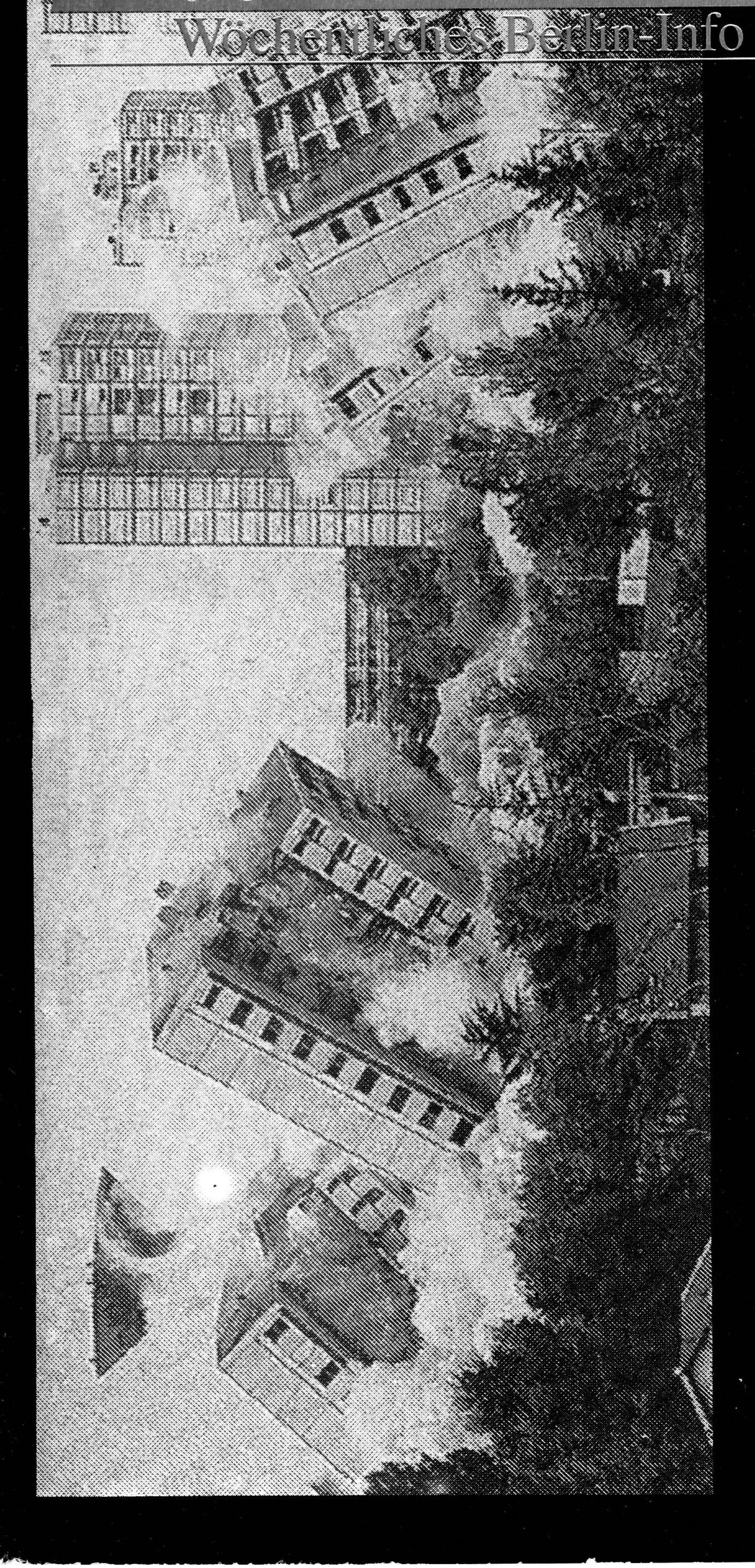
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

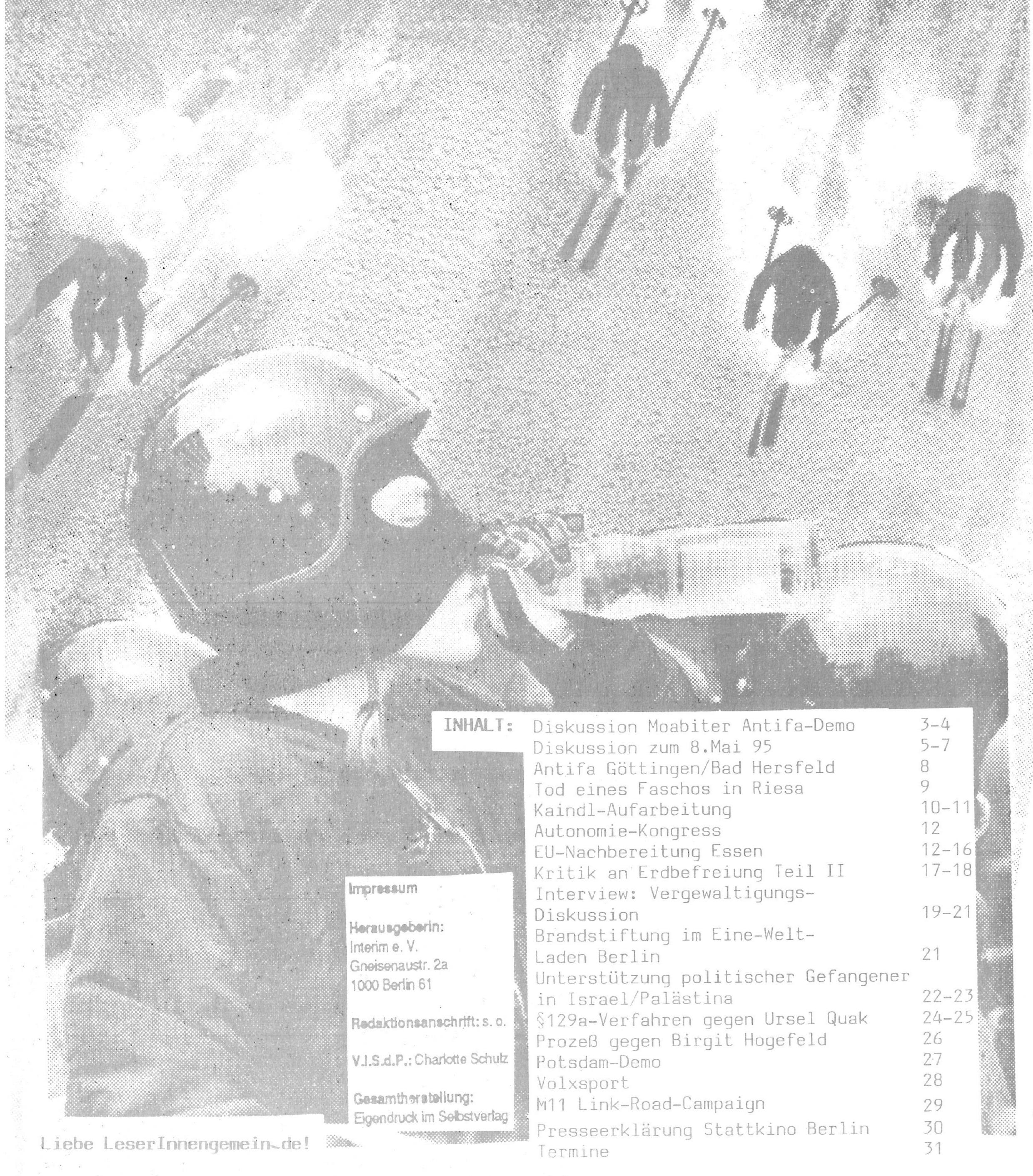
auswärts 3 DM

2,50 DM



Nr. 315

19. Januar 1995



INHALT:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schutz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Liebe LeserInnengemein~de!

Heute möchten wir von einem besonders nachahmenswerten Vorfall berichten: In unserer Post befand sich diesmal ein Päckchen mit sage und schreibe 10 (in Worten: zehn!) Tafeln Schokolade.

Wir danken dem Spender und hoffen, daß sein Beispiel für euch ein Signal ist, unser leibliches Wohl bei der öden Arbeit des Zeitung-Schmiedens nicht zu vernachlässigen.

ORDNER:

DIESES GEDENKEN KÖNNT IHR EUCH SCHENKEN

Die Antifa-Initiative-Moabit (A.I.M.) hat in der vorletzten interim auf die Kritik an der 9. November-Demo reagiert. Mit ihrer Antwort macht es sich die A.I.M. aber zu leicht: Spätestens danach ist für uns klar, daß all die Äußerlichkeiten die uns an der Demo geärgert haben[1] ihren Grund in der inhaltlichen Konzeption der Demo haben. Über sie gilt es zu streiten, bevor einfach wieder an die nächste Vorbereitung der *„traditionellen Demo"* (Aufruf A.I.M.) gegangen wird.

In Eurer Antwort nehmt Ihr ein paar Details zurück: das Abblocken des Beitrages zur Besetzung der Siegessäule und die Grußadresse von der Oberbaumbrücke haltet ihr mittlerweile auch für Fehler. Aber schon zum Klima auf der Demo schreibt Ihr beschönigend, daß das *„Anliegen* (der Demo) *von vielen jugendlichen DemonstrantInnen etwas zu laut und fröhlich umgesetzt wurde"*, und erklärt das u.a. mit dem Fehlen von *„erfahreneren Antifas"*[2]. Eine solche Beschreibung läßt befürchten, daß der Charakter der Demo auch nächstes Jahr wieder ein *„männerdominiertes antifaschistisches business as usual"* (Junge Welt v. 11.11.94) sein wird. Obwohl Ihr betont, daß Euch Kritik an der Demo *„lieb und teuer"* sei, zeigt Eure Antwort, daß Ihr geäußerten Widersprüchen eher ausweicht, und sie statt dessen lieb und solidarisch (*„Da stimmen wir ... überein"*, *„Wir fanden es auch sehr gut"* usw.) zukleistert. Mit der Darstellung Eurer Schwerpunkte und mit der von Euch gewählten Schreibweise des Vernichtungslagers Auschwitz gebt Ihr schließlich denen Recht, die die Demo als *„für und gegen alles, Ausdruck der Geschichtsvergessenheit"* (ARRANCA Nr.5) wahrgenommen und die Euch als *„Linke Verdränger"* (JW v. 23.11.94) kritisiert haben.

Es reicht nicht, den Jahrestag der Pogrome als bloßen Aufhänger für eine Antifademo zu nehmen, die ansonsten auch an jedem anderen Tag hätte stattfinden können. Der Hinweis, daß sich auf einer Veranstaltung, die sich auf den 9. November 1938 bezieht, gewisse Formen ausschließen, ist banal. Dies würde allerdings voraussetzen, daß es wirklich um die Reichspogromnacht geht, und sich die TeilnehmerInnen dessen bewußt sind. Wenn dem so wäre, wäre es nicht notwendig, wie Ihr schreibt, *„bei Beginn der Demo um ein ernsteres Verhalten"* zu bitten. Zur Stoßrichtung der Moabiter Demo schreibt Ihr, daß sie *„zwei Schwerpunkte [hat]. Das Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesonders den Holocaust und die Reichspogromnacht, aber auch den antifaschistischen Widerstand dagegen. Zum anderen die Kontinuität des Faschismus bis Heute, die neuen TäterInnen und den Widerstand dagegen"*. Diese Art Geschichte zu interpretieren, hat aber in unseren Augen nur noch <u>einen</u> Schwerpunkt: Geschichte einzuebnen.

WAS GEHT DIE LINKE ÜBERHAUPT DER 9. NOVEMBER '38 AN?

Unserer Meinung nach ist kein Tag ungeeigneter, um einen Beitrag zu linker Traditionsbildung und Identitätssuche zu liefern, als eben der 9. November. Alle Versuche in diese Richtung wären nicht nur ein verklärter Blick zurück und eine Ausblendung der Widersprüche in der Geschichte, sondern sie sind zudem grundlos. Das wollen wir an drei Beispielen zeigen:

- Die Pogrome richteten sich nicht gegen die damals bereits zerschlagene und kapitulierte Linke, nicht gegen „den" Widerstand und auch nicht gegen „die" Klasse. Nicht die beiden großen Arbeiter(Innen)-Parteien, von denen die eine noch in der Legalität aus ihren Vorstand alle JüdInnen ausgeschloßen hatte[3], waren ihr Ziel, sondern linke und rechte, bürgerliche und proletarische, deutsche Jüdinnen und Juden.
- Gegen die Pogrome erhob sich kein Widerstand in Deutschland. Sie stehen für einen weiteren gelungenen Schritt der Formierung der „Volksgemeinschaft", den völligen Verlust humaner Orientierung der deutschen Gesellschaft - und sie stehen auch für historisches Versagen der Linken vor und nach 1933.
- Die Pogrome markieren den Übergang von der Ausgrenzung der deutschen Jüdinnen und Juden aus der Gesellschaft, hin zu Ihrer Vernichtung. Wie der Name Auschwitz, stehen sie für etwas in der Geschichte der Menschheit singuläres, das sich j e d e m Vergleich s p e r r t. Die heutige antifaschistische Linke ist aber eher davon geprägt, allzu unbedacht Vergleiche anzustellen, oder die Vernichtung der europäischen und deutschen Jüdinnen und Juden- also das Zentrale des NS - auszublenden. Sie praktiziert einen „Antifaschismus ohne Juden"[4].

Die drei Einwände verweisen auf Brüche, die einen einfachen Zugang zur Geschichte versperren. Das Verständnis der A.I.M., die an diesem Tag an die Verbrechen des NS <u>und</u> an den Widerstand erinnern will, blamiert sich durch die Einwände als Versuch, den Verbrechen etwas entgegenzusetzen, das es so nicht gab, und als Versuch, diesen Tag für die Linke zu reklamieren. Anders ausgedrückt, der 9. November 1938 ist ein Tag, der für die Verbrechen steht, und eben nicht für Widerstand dagegen. Die Erinnerung an letzteren mag etwas Tröstendes haben, aber es darf nicht in dem Versuch enden, die Linke pauschal auf die Seite der Opfer zu definieren. Es ist einfacher „WIR VERGESSEN NICHT!" als Parole auszugeben, als die Fehleinschätzungen der Weimarer Linken und ihr Versagen bei der Bekämpfung des Faschismus dem Vergessen zu entreißen. Eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis der deutschen Linken zum Antisemitismus müßte hierbei zentral sein. Zu diesem verdrängten Kapitel der Geschichte der Arbeiter(Innen)-Bewegung gehören die Sätze einer Ruth Fischer aus dem ZK der KPD, die ihre damaligen ZuhörerInnen aufforderte *„Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!"*[5]. Gerade an einem Datum wie dem 9. November, wird die Unerträglichkeit <u>dieses</u> Antikapitalismus deutlich[6]. Parolen wie „Ob Jude oder Christ, Kapitalist ist Kapitalist" wurden von der KPD über Jahre hinweg - jedenfalls bis zur Reichspogromnacht - propagandistisch ausgebeutet, bis es in Deutschland keine jüdischen Kapitalisten mehr gab[7].

Wenn Antisemitismus aber *„besonders beim national-konservativen Bürgertum"* (Aufruf A.I.M.) vermutet wird, zeigt das, wie sehr bis heute eine Auseinandersetzung gescheut wird. Immer weiter wird an der Mär gesponnen, die ArbeiterInnenklasse sei von den Nazis bloß VERFÜHRT worden, mensch müsse sie nur - à la *„Flüchtlinge sind die falsche Adresse, schlagt den Politikern auf die Fresse"* - AUFKLÄREN...

Der 9.11. steht für das Wegducken und Stillhalten und/oder die offenen Sympathie der Mehrheit der Deutschen, als nebenan die Tür eingetreten wurde oder unten beim Laden die Scheiben klirrten, das Inventar auf die Straße geschmissen wurde und ihre NachbarInnen verhaftet und deportiert wurden. Das Zentrale des 9. Novembers ist der Antisemitismus - der Widerstand dagegen bleibt eine Marginalie. *„Die heutige Masse an Literatur scheint das damalige Fehlen der Massen zu ersetzen. Deutschland unter Hitler bleibt das einzige europäische Land ohne nennenswerten flächendeckenden Widerstand. Es war dem Volke nicht danach"*[8]. Gilt dieser Satz für die

[1] Wir teilen in vielen Punkten die Kritik der Gruppe Landesverrat in der interim Nr.310. Die Demo wurde für uns weder in der Form, noch im Inhalt dem historischen Anlaß gerecht. Dieser wurde aus den Musik- und Redebeiträgen nur teilweise deutlich. Mann hatte sich offensichtlich zu einer der üblichen Kampfdemonstrationen versammelt: Unter Einsatz von Knallern und Pyros, mit kernigen Losungen „TOD dem Faschismus, TOD dem Kapital" - die an diesem Tag ganz besonders paßten - zog mensch entschlossen durch die finsteren Straßen. Unerträglich wurde das nicht erst- aber spätestens dann -, als einige junge Männer, statt dem Redebeitrag von Fritz Teppich zuzuhören, oder sich an der einen Schweigeminute zu beteiligen, an die Rückseite des Gedenksteins für die Synagoge pissten.

[2] Damit nehmt Ihr die Kids übrigens nicht ernst, rutscht in das reaktionäre Denkmodell „jung = dumm + unverantwortlich". Das ist dann wirklich *„arrogant und oberlehrerhaft"*.

[3] Die SPDeutschland bildete am 19.Juni '33 einen neuen Vorstand und versuchte sich hierdurch, als nationale Partei zu beweisen und durch diese Anbiederung an die Nazis und gleichzeitige Preisgabe jüdischer GenossInnen, dem Verbot zu entgehen, das wenige Tage später folgte. Die KPDeutschland bediente, wenn es opportun erschien, mit Slogans wie *„Nieder mit der Judenrepublik"*, antisemitische Resentiments.

[4] s. Ingrid Strobl in interim Nr.287

[5] s. Eva Groepler, in konkret, 1/1991

[6] In dem Zusammenhang fällt uns dann doch ein Grund für einen Beitrag zur Oberbaumbrücke ein: Nämlich eine Kritik der Brückenkampagne für ihr Gerede von „Kämpfen des VOLKES", um einen „LEBENSRAUM", gegen das „Akzeptieren von Verkehrs-KRÜPPELN" und den gefährlich dumpfen Antikapitalismus a la „die KORRUPTHEIT DER BONZEN und Politiker".

[7] Arno Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden 1933 - 1945, S.50f

[8] Frank Stern, Wolfschanze versus Auschwitz. Widerstand als deutsches Alibi? u.a. in: Freitag v. 15.7.94

gesamte Zeit des Nationalsozialismus, so besonders für den 9. November. Die schmerzhafte Tatsache, daß sich die Klasse in die „Volksgemeinschaft“ aufgelöst hat, wird noch 1994 verdrängt. Die Fragen, wie sich dieser Prozeß entwickeln konnte, woran die faschistische Rede so erfolgreich anknüpfen konnte, werden durch den überbetonten Bezug auf den - für den Geschichtsverlauf irrelevanten - deutschen Widerstand weggedrückt. Übrig bleibt die beruhigende Vorstellung eines „anderes Deutschland“ (auf das mensch sich dann beziehen kann), auf der Strecke bleibt die beunruhigende Erkenntnis eines der wichtigsten Phänomene des Nationalsozialismus: der „Volksgemeinschaft“. Die Linke darf dieses Spiel, den Deutschen ein Alibi zu verschaffen, nicht mitmachen.

Um auch hier nicht mißverstanden zu werden: Die Erinnerung an die wenigen, die überhaupt noch etwas Menschlichkeit bewahrt haben, muß - gerade wegen der aktuellen Angriffe auf alles, was mit Antifaschismus verbunden wird - verteidigt werden. Aber auch die Erinnerung darf nicht zur HeldInnenverehrung verkommen. Und selbst diese Erinnerung muß eine kritische bleiben: Welche Rolle spielte die Shoa für den deutschen Widerstand, seine Aktionen, seine Motivation? Was war denn das reale Verhältnis politisch Verfolgter zu den Jüdinnen und Juden, oder den Sinti und Roma [9]?

Und das Verhältnis der heutigen deutschen Linken zu Jüdinnen und Juden, oder den Sinti und Roma? Das Netteste, was uns dazu einfällt, ist, daß ihre Verfolgung im NS als bloße Staffage herhalten, der eigenen Politik den richtigen „Thrill“ geben soll. Ziel der Moabiter Demo sei es *„die Kontinuität des Faschismus bis Heute, die neuen TäterInnen und den Widerstand dagegen“* aufzuzeigen. Das Gestern wird dabei mit dem Heute zur Unkenntlichkeit vermengt: „In Deutschland brennen wieder Synagogen“[10], heißt es im Aufruf zur Demo, „Auch heute ist dieser Bezirk Tatort“ und als direkte Gleichung, „Moabit: Tatort gestern und heute“ im A.I.M.-Info 7.

Wenn in der Eröffnungsrede der Demo von einer Verfolgung und Vernichtung „von Menschen durch Menschen“ gesprochen wird, ist das nicht mehr und nicht weniger, als *„eine Unkenntlichmachung von Opfern und Tätern“* (Leserbrief, JW v. 23.11.94). Bevor deutsche Antifas großmäulig verkünden *„WIR VERGEBEN NICHT!“*, sollte ihnen klar sein, daß sie, als noch so antifaschistische Deutsche, gar nichts vergeben können, daß auch ihnen die Täter zunächst näher stehen, als die Opfer.

Deshalb finden wir es wichtig, sich diesem Datum vorsichtiger zu nähern. In den Mittelpunkt gehört die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Das heißt auch, daß sich besondere Formen für diesen Tag überlegt werden müßen. Einen Ansatz in diese Richtung haben die Moabiter Antifas mit der Route gemacht: *„Der Weg der Demonstration, folgt z.T. den Straßenzügen, durch die die jüdischen BewohnerInnen von der sog. „Sammelstelle“ in der Synagoge Levetzowstraße hin zum Deportationsbahnhof an der Putlizbrücke getrieben wurden“*. Den Versuch, diesen Weg zu markieren, und damit die Demo gegen das Verdrängen und Vergessen zu setzen, finden wir zunächst gut[11]. Durch die restliche Demogestaltung ging das aber völlig unter.

Ein anderes Beispiel ist uns aus Hamburg bekannt. Das Gestern und Heute wurde dort verbunden und zugleich auseinandergehalten: eine Demonstration zum 9. November 1938 ging in einem ersten Teil als Schweigemarsch, ohne Transparente zu Stätten der Vernichtung, und erst dann wurde eine entschlossene Demo zur Hamburger Ausländerbehörde veranstaltet.

DIE SECHS RABEN



[9] Erinnert sei hier nur an die enormen Schwierigkeiten die Überlebende des Holocausts 1945 in der SBZ hatten, den Status „Opfer des Faschismus“ zuerkannt zu bekommen: sie hätten ja „keinen Widerstand geleistet“.

[10] warum Plural ?

[11] Schräg wird es in dem Augenblick, wenn aus dem störenden Moment des Erinnerns ein Angebot zur praktischen Identifikation wird. Falsch also , wenn es über Lautsprecher heißt, *„Wir gehen jetzt den Weg...“*, und den DemonstrantInnen ein seltsamer Schauer über den Rücken läuft. Dann endets in christlicher Symbolik, in einer Art „antifaschistischem Kreuzweg“.

PARTY

AUFSCHWUNG 95

SO ARM WAR ICH NOCH NIE...

ASP muß bleiben!

21.1. VOKÜ Schupfnudeln & Cocktails SOLISOWIESO

Niederbarnimstr. 23 U Samariterstr.

50. Jahrestag der Befreiung?! - Befreit sind WIR noch lange nicht!!

In diesem Jahr 1995 soll also der "Tag der Befreiung", der 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Deutschland begangen werden, still, bedachtsam, schweigend.
Warum eigentlich?! Die Befreiung ist ein Grund zum Feiern, der Freude. Endlich Schluß mit der zwölfjährigen Nazidiktatur, einem sechsjährigen Krieg!! Zugegeben, die die echtes Glück empfanden, eine neue Zukunft zu bauen, waren wohl eher in der Minderheit. Der Großteil des deutschen Volkes fühlte sich persönlich wie national erniedrigt. Nur diesen Teil repräsentieren wir mit Sicherheit nicht.
Warum sollen wir dieses Image der "Zurückhaltung" zusätzlich bedienen? Spricht nicht alles dafür, die Sache provokativ von Grund auf zu enttarnen.
Von Bergen-Belsen bis Berlin werden politisch-militärische Delegationen en masse Kränze abwerfen und große Reden schwingen. Nüchtern und sachlich. Schließlich ist doch alles Historie. Dank den Feinden von einst, Schulterschluß. Hochhalten des "neuen" Staates Bundesrepublik und seiner Tugenden, der wehrhaften Demokratie eines besseren Deutschland sülz bla.
Auch wir werden den Tag der Befreiung begehen, keine Frage. Aber auf UNSERE Art. Dabei dürfte es sehr unbefriedigend sein, nur die Rolle des "mahnende Gewissens" einzunehmen und zum 753. Mal auf faschistische Kontinuitäten oder etwa das Schandmal der nationalen Kranzabwurfstelle als Sinnbild der Geschichtsumschreibung dieses UnRechtsstaates hinzuweisen. Natürlich kann es nicht oft genug gesagt werden und muß auch an diesem Tag thematisiert werden. Aber nur die "historische Verantwortung", die so sträflich vernachlässigten Lehren aus der Geschichte aufzugreifen sind nicht alles, sonst könnten wir gleich der "offiziellen Demonstration" hinterherlaufen.
Befreit sind wir noch lange nicht! Her mit den eigenen Inhalten! Wenn schon "Tag der Befreiung", dann auch die Karten auf den Tisch - Tacheles reden, sozusagen. Eine reine Anti-Kriegsdemo oder Antinationales-Parolenklopfen (Harris...) kann es nicht sein. Und ein bloßes Beweinen der Mißstände seit und trotz 1945 ist albern, als wenn wir von ausgerechnet diesem Deutschland und seinen befreundeten Nachbarn etwas anderes erwarten würden.
Was verstehen wir unter Befreiung? Befreiung der Frau, Befreiung zum selbstbestimmten Leben, Befreiung von Kapital, Militär, Staat (...). All dies sollte thematisiert werden, ist es doch eigentlich ein unzertrennbar Ding.
Vielfältig, bunt und kreativ ist angesagt (so sind wir doch eigentlich auch, oder?!).
Also gehört uns am 8. Mai die Straße, logisch!
Nehmen WIR UNSERE Befreiung in die eigene Hand, es wird sich niemand finden, der es sonst für uns tut.
Aus diesem Anlass, laßt uns drüber reden.

Donnerstag, 26.Jan 1995 20.00 Uhr
Cafe **"KRÄHENFUß"** - Humboldt-Uni, Eingang über
Clara-Zetkin-Straße

wer hierzulande von der einsamkeit zu sehr beeindruckt ist oder in furcht lebt, in dieser bürgerumwelt nicht mehr vermittelbar zu sein, ist in seiner politischen handlungsfähigkeit neutralisiert. (...) es ist garnichts neues in der geschichte, die mehrheitenfischer sind die grossen verächter des volkes"
(christian klar, 14.8.93)

zum ausgrenzungsbeschluß der *interim* gegen antinationale/antideutsche positionen

1.
die ankündigung der *interim*, antinationalen/antideutschen positionen "nicht mehr diesen raum geben" zu wollen, hat für die zusammenhänge, die diese positionen vertreten und zu entwickeln versuchen, eine massive einschränkung ihrer möglichkeiten, entsprechende inhaltliche auseinandersetzungen öffentlich führen und zur entwicklung praktischer initiativen mobilisieren zu können usw., zur folge.
wenn die *interim* im wissen um ihre machtstellung als wesentliche veröffentlichungs- und zugangsmöglichkeit zur linken infrastruktur eine derartige ankündigung macht, bedeutet das eine materielle kampfansage an die zusammenhänge, deren texte nicht mehr veröffentlicht werden sollen.

2.
die angeblich formale (im übrigen mit billigen diffamierungen -"bomber-harris fans" - verbundene) begründung, es tauchten in diesen texten "keine grundsätzlich neuen aspekte" auf, zeugt bestenfalls von schlichter nicht-zurkenntnisnahme der formulierten inhalte. dass die *interim* es im folgenden dabei beläßt, ihren "eindruck" zu schildern, um jeden verdacht zu zerstreuen, es habe bei ihr eine ernstzunehmende inhaltliche auseinandersetzung mit den ausgegrenzten positionen gegeben, ist angesichts der dort aufgeführten "argumente" zugegebenermaßen eine ausgesprochen kluge entscheidung, rechtfertigt dann aber ebenso wenig die angekündigte ausgrenzungsentscheidung und damit verbundenen konsequenzen.

3.
ausgrenzungsbeschlüsse der *interim* dürfen in aller regel als wegweisend für den scene-mainstream gelten - sei es, daß die *interim* scene-ausgrenzungen lediglich nachvollzieht, sei es, daß die *interim* der scene unbequemere grundsätzliche auseinandersetzungen (in vorauseilendem gehorsam) gleich vom leibe halten will. (was im ergebnis ohnehin gleichbedeutend ist.) einem scene-mainstream, der auf genossInnen jüdischer herkunft aus antinationalen/antideutschen zusamenhängen nur zu gerne rekurriert, wenn es gilt, die eigene bündnisfähigkeit und breite verankerung zu simulieren oder zu versuchen, die eigene indifferenz fremdlegitimieren zu lassen, der zugleich aber die inhaltliche auseinandersetzung mit antinationalen/antideutschen positionen in selbstverliebt-bornierter ignoranz gleich prophylaktisch vom Tisch fegt - einem solchen scene-mainstream sprechen wir jeden antifaschistischen Anspruch ebenso ab wie erstrecht ernstzunehmende vorstellungen, wie eine revolutionäre "politische oder soziale veränderung denkbar wäre". (was im übrigen gleichbedeutend ist, eine einsicht, die in dieser auseinandersetzung aber offenkundig nicht vorausgesetzt werden kann.)

wir erwarten, daß diese auseinandersetzung inhaltlich und politisch geführt wird. eine linke scene, die dazu nicht willens ist, kann nur bekämpft werden.

ak kassiber (16.1.95)

tragen wir den deutschen konsens oder nicht, akzeptieren wir einen deutschen frieden oder lassen es bleiben?

diskussionsbeitrag zur veranstaltung "antinational und antideutsch zum 8. mai?" am 22.12.94 in berlin

eine der häufigsten erfahrungen in den diskussionen der letzten wochen war, daß verschiedene leute unsre position an einzelnen fragen kritisierten und, wenn sie selbst nicht mehr von der stichhaltigkeit ihrer argumente überzeugt waren, zu andren einzelfragen und positionen widersprüche benannten. deswegen vermuten wir, daß diese diskussionen eine andre ursache haben, als die, die vorgegeben wird: daß es also nicht einzelne widersprüche zu unsren positionen sind, sondern ein grundsätzlicher widerspruch zu der politischen begründung einer antinationalen und antideutschen politik. das ist an sich kein problem, die schwierigkeit beginnt jedoch dort, wo es offensichtlich ist, daß eine kritik ihren eigenen ansprüchen - nämlich grundsätzlich unsren ansatz infragezustellen - nicht genügt. beispielhaft möchten wir hier das in der interim 312 erschienene "mea-culpa"-papier nennen. gleichzeitig sehen wir auch, daß es oft sehr schwer ist, grundsätzlich und allgemein eine kritik zu formulieren. deswegen wollen wir in diesem diskussionsbeitrag einzelne fragen und zusammenhänge noch einmal benennen - dabei beziehen wir uns auf das bundesweite treffen für eine antinationale aktion zum 8. mai 95 und die diskussionen, die dort stattgefunden haben, und auf diskussionen und reaktionen von einzelnen aus den letzten wochen.

am 10. und 11. dezember trafen sich 80 menschen aus 15 städten der brd zur vorbereitung einer antinationalen aktion rund um den 8. mai 1995, den 50. jahrestag der kapitulation deutschlands und der befreiung vom faschismus. in dem aufruf der einladenden gruppen aus hamburg und berlin heißt es:

"Wir gehen davon aus, daß eine Aktion um den 8. Mai den geschichtlichen Anlaß nicht von der gegenwärtigen Politik abtrennt, sondern sich eingedenk der Ereignisse vor 50 Jahren auf die jetzige und auf die zu erwartende deutsche Politik konzentriert. Wir gehen davon aus, daß die Aktion jedem positiven Bezug auf die deutsche Nation und den deutschen Nationalismus entgegentritt."

am ersten tag des treffens wurden starke unterschiede deutlich, die dann auch konsequenterweise zum wegbleiben derjenigen geführt haben, die sich eine allgemeine linke und antifaschistische mobilisierung erhofft hatten - oder schlicht die einladung nicht gelesen hatten. wir wissen und begrüßen, daß es in vielen städten linke antifaschistische bündnisse und koordinierungstreffen zum 8. mai gibt; unser interesse ist jedoch, einen schritt weiterzugehen in richtung auf eine bundesweite antinationale aktion. es gab leute, die auf dieses treffen kamen mit dem ziel, die antinationalen und antideutschen inhalte wegzureden zugunsten allgemeinerer bündnisfähigerer inhalte. wir haben eine solche instrumentalisierung des treffens zurückgewiesen: leute, die das machen wollen, sollen ihre eigenen treffen organisieren. wir bestehen darauf, daß es legitim ist, sich mit eigenen inhalten und zielen zusammensetzen. das heißt nicht, und das trifft auch für die gruppen zu, die das treffen mitgemacht haben, daß wir uns nicht an aktivitäten in berlin beteiligen. in hamburg gibt es beispielsweise ein bündnis, in dem sich unterschiedliche gruppen auf bestimmte punkte geeinigt haben und zwei punkte als dissens, also als punkte, an denen keine einigkeit besteht, bestehen lassen. wir sehen zur zeit nicht, daß ein solches offenes herangehen in berlin möglich wäre.

am zweiten tag des treffens wurde, auf grundlage des aufrufs, beschlossen, rund um den 8. mai eine antinationale aktion zu versuchen. auftakt der aktivitäten soll eine aktion in dresden sein, wo im februar gedenkfeiern aus anlaß des 50. jahrestags der bombardierung durchgeführt werden. es soll im januar ein aufruf erstellt werden, der zu den aktionen aufruft und darüberhinaus grundsätzliche einschätzungen zur entwicklung in deutschland enthalten soll. auf einem folgetreffen soll dann auch endgültig über die durchführung von aktionen beraten werden. beschlossen wurde außerdem, daß wir im zusammenhang mit einer aktion in dresden und zum 8. mai keine bündnispolitik machen wollen, weil es uns mit diesen aktionen in erster linie um die inhalte geht. anders haben wir das in bezug auf die gedenktage der befreiung der konzentrationslager diskutiert, wo wir es richtig und notwendig finden, die aktivitäten der überlebenden zu unterstützen, allerdings ohne unsere kritische position - zb was die beteiligung von regierungsvertretern an diesen gedenkfeiern angeht - damit aufzugeben.

wir wollen im folgenden auf die inhaltlichen streitpunkte eingehen. dazu müssen wir allerdings zuerst sagen, daß auch die positionen der gruppen, die dieses treffen vorbereitet und dazu eingeladen haben, sehr unterschiedlich sind. die inhalte, die auf dem treffen diskutiert wurden, stellen in sich schon kompromisse dar, die die unterschiedlichen gruppen tragen können. so teilen wir zb, daß es für eine antinationale aktion zum 8. mai keinen positiven bezug auf die nationalen befreiungsbewegungen geben darf. das heißt für uns allerdings nicht, nicht mit kurdinnen und kurden gegen die türkische armee solidarisch zu sein, und hier nicht deutschland als kriegspartei anzugreifen. wir sehen, daß es vor allem objektive zwänge sind, die derzeit einige bewegungen noch auf nationale befreiung hoffen lassen. das enthebt uns aber nicht der aufgabe, eine internationalistische perspektive, die antinational sein muß, neu zu diskutieren und auch zu erkämpfen. wir lehnen allerdings eine solidarität ab, die in ihrer begeisterung für irgendwelche völker die inhaltliche trennschärfe aufgibt. und nicht mehr nach den zielen fragt.

der streitpunkt, der auf dem treffen zum bruch führte, war die frage, inwieweit die bombardierung dresdens durch die alliierten gerechtfertigt war. die mehrheit der anwesenden war dieser auffassung. der nationalsozialismus war nicht irgendein politisches system, ihn zu besiegen waren alle mittel erlaubt, so die einen. die anderen argumentierten, daß auch bomber harris ein schwein gewesen sei, der die imperialen interessen seines landes vertreten habe, und daß es nicht anginge, sich mit diesen interessen gemein zu machen. grund die ses streits ist die unterschiedliche einschätzung des nationalsozialismus. ein diskutant sagte, gegen das mitleid mit den deutschen bombenopfern, daß es - nach der zustimmung der deutschen bevölkerung zum "totalen krieg" (goebbels) - faktisch keine zivilbevölkerung mehr gegeben hätte. als ein inhaltliches essential wurde daraufhin das bekenntnis zur politik der alliierten festgehalten.
wir denken, daß es wichtig ist, dazu noch einige sachen zu sagen: das bekenntnis zur politik der alliierten heißt in erster linie, zustimmung zu ihrem kriegsziel, der bedingungslosen kapitulation deutschlands. uns steht es nicht zu, die zu kritisieren, die schließlich den nationalsozialismus besiegt haben, war doch eine befreiung nur noch von außen denkbar, weil die bevölkerung in einem bisher nicht gekannten maß das ns-regime unterstützte. die wenigen, die im faschistischen deutschland gekämpft haben, begrüßten die angriffe, auch wenn nicht wenige ihnen selbst zum opfer fielen.
das letzte konzentrationslager wurde erst am 9. mai, einen tag nach der kapitulation befreit - das war theresienstadt, wo zu diesem zeitpunkt tausende häftlinge, die die grausamen todesmärsche überlebt hatten, dahinsiechten. bis zum letzten tag wurde hier gequält und getötet, auch als alles schon zu ende war. dieses ausmaß von gehorsam und eigeninitiative war es, das auch den bombenangriff auf dresden rechtfertigte. eine diskussion über die alliierte kriegspolitik kommt nicht aus ohne einen genauen begriff von dem, was der deutsche faschismus bedeutete: zehntausende alliierte soldaten fielen noch ende dezember 1944 , als die deutsche wehrmacht zur letzten offensive in den ardennen ansetzte; ende januar wurde das kz auschwitz befreit. langsam glaubte die weltöffentlichkeit geflohenen juden, die die ungeheure nachricht von der existenz der gaskammern überbrachten. in der sowjetunion waren bereits zwanzig millionen menschen von den deutschen ermordet worden. es war und ist die deutsche kriegführung gewesen, die diesen krieg nicht zu einem normalen imperialistischen krieg gemacht hat, sondern zu einem vernichtungsfeldzug mit der funktion, jüdische und slawische menschen - in der definition der nazis "untermenschen" - auszurotten. es war und ist die zustimmung der deutschen bevölkerung zu diesem krieg und vorher

noch zur ausgrenzung der jüdischen bevölkerung und zur zerschlagung der arbeiterInnenbewegung, die die alliierten dazu brachte, die bevölkerung auch direkt anzugreifen. nicht zu vergessen, daß mit dieser art kriegführung die deutschen begonnen hatten. die frage also, war dresden richtig, ist unsres erachtens vollkommen falsch gestellt. außerdem bedeutet die zustimmung zur politik der westalliierten eben nicht die identifikation mit ihren zielen, die sich schon in den letzten kriegsmonaten immer mehr gegen die sowjetunion richteten. fakt ist, daß es in deutschland kein subjekt gab, das die waffen umgedreht und gegen die eigenen generäle gerichtet hätte. die alternative zur politik der alliierten wäre eine modifizierte fortsetzung des ns gewesen, wie sie etwa den attentätern vom 20. juli vorschwebte.

die historischen fakten sind aber nur ein teil der kontroverse. vielmehr spielt unsrer meinung nach eine rolle, daß klar ist, daß wir es uns mit einer aktion gegen diese feierlichkeiten in dresden mit der bevölkerung verscherzen. ob es da noch etwas zu verscherzen gibt, sei dahingestellt - wichtig ist jedoch, daß viele linke nicht bereit sind, diese revanchistischen vorhaben anzugreifen, weil sie selbst - um eben noch einen bezug zur hiesigen bevölkerung herstellen zu können - die revision der geschichte mittragen, vor allem, was den nationalsozialismus angeht: so wird zb gern rolle und ausmaß des widerstands in deutschland völlig übertrieben; so wird schon ein nicht gemachter hitlergruß zum widerstand; und so wird auch die vernichtung der europäischen juden und der roma und sinti oft gleichgesetzt mit der verfolgung der kommunistInnen und andrer; und - darum geht es in dieser kontroverse - wird der deutschen bevölkerung eine art unbeteiligt sein zugesprochen, die einfach den historischen fakten widerspricht. dabei geht es nicht um den deutschen faschismus selbst, sondern um heute. wir sehen ganz ähnliche tendenzen heute, wenn zb das individuelle eingreifen gegen rassistischen terror zum nonplusultra erklärt wird und nicht der organisierte widerstand gegen die faschisierung in staat und gesellschaft.

einen weiteren streit gab es auf dem treffen um die frage, ob nicht antinational ausreichend beschreibe, worum es geht. "antideutsch" wurde von einigen als zu unspezifisch angesehen; das problem sei schließlich die nation an sich, und da sei es egal, welche. auch hier kamen unterschiedliche sichten auf den ns zutage: antideutsch, so die einen, beziehe sich auf den vernichtungswillen, den deutsche politik im gegensatz zu anderen auszeichne; exemplarisch wurde hier immer wieder die shoah benannt, die keiner ökonomischen oder sonstigen rationalität folgte. überraschend war hier, daß diejenigen, die diese einschätzung nicht teilten, eine ungeheure kälte gegenüber überlebenden der ns-vernichtungsmaschine zeigten, während dieselben wegen der dresdner bombenopfer fast nachträgliche tränen vergossen. später wurde eingeschätzt, daß die haltung zur bombardierung dresdens faktisch ein lakmustest für die haltung zu diesem land und seinen bewohnerInnen ist. beschlossen wurde, im aufruf genau herauszuarbeiten, wo die unterschiede des allgemeinen konstrukts nation zum deutschen sonderweg liegen. deswegen wurde die verbindung antideutsch und antinational bekräftigt.

für uns ist dieser punkt sehr entscheidend, ist doch ein entlastungsmoment für teile der linke auch immer, daß es ja auch in allen andren europäischen ländern rassismus und antisemitismus gäbe. wir wollen eine diskussion um die konkreten und materiellen ursachen des deutschen sonderwegs, keine mystifizierung des "deutschen an sich". ein wichtiges argument war auf dem treffen, daß in bezug auf euthanasie und eugenik holland zb weiter ist als die brd, weil es dort ein euthanasiegesetz gibt; daß es jedoch im gegensatz zu deutschland keine befürchtung gibt, daß dieses gesetz zum organisierten programm zur ausrottung behinderter würde. und auch für die, für die die tatsache, daß auschwitz ein deutsches vernichtungslager war, zu moralisch ist, kann nicht unbemerkt bleiben, daß gerade in diesem punkt sie häufig übereinstimmen mit den rechten von kohl bis zur jungen freiheit: nämlich, was die normalität der deutschen verhältnisse angeht. in diesem zusammenhang wollen wir etwas sagen zu dem "mea-culpa"-papier in der interim:
1. strotzt dieses papier vom vorurteil und ressentiment; es ist genaugenommen in seinem titel - ich bekenne mich schuldig - so dem deutschen opfer-denken verbunden, daß wir es indiskutabel finden.
2. finden wir es aufschlußreich, wie allgemein die verfasserInnen über soziale kämpfe reden, auf die sie ja so dringend bezug nehmen wollen: ihnen selbst fällt zu diesem thema wohl wenig ein. wir sehen auch in diesem land kaum relevante soziale kämpfe, geschweige denn welche, die sich nicht auf den standort deutschland beziehen. merkwürdig ist, wenn schon so argumentiert wird, jede konkrete aussage zu vermeiden.
3. indiskutabel, aber passend ist, wir würden mit dem versuch, eine antinationale und antideutsche strömung in der linken durchzusetzen, *"die neue rechte in ihrem strategischen ziel unterstützen, zu einer hegemonie in der gesellschaft zu gelangen."* mit diesem satz wird hinreichend deutlich, wer hier welche strömungen und diskussionen denunziert und ausgrenzen will.

die begriffslosigkeit mit dem das papier hantiert, was den geschichtsrevisionismus angeht - offensichtlich beschränkt er sich für die verfasserInnen auf die auschwitzlüge - macht nur noch noch einmal deutlich, daß wir eine diskussion angezettelt haben, die nicht gewünscht wird. erfreulich an dem papier ist, daß es einfach auf den punkt bringt, daß es schwierig ist, in den sozialen kämpfen zu intervenieren, wenn keine bereitschaft da ist, ein paar kritische fragen einfach unter den tisch fallenzulassen. am ende des papiers steht:
"Aus diesen Gründen mag es uns nicht wie den Antinationalisten gelingen, uns alabasterfarben und strahlend aus dem Sündenpfuhl der deutsche Linken zu erheben."
für uns allerdings ist es keine alternative, in diesem sumpf zu bleiben, in dem jede kritik wie eine ruhestörung verstanden wird. das wechselweise unterstellen, wir wären ml-kader bzw. moralistInnen zeigt zusätzlich, daß es hier nicht um genauigkeit und diskussion geht.

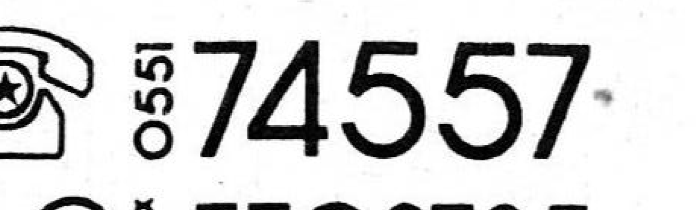
wir sehen, daß die sehnsucht, in deutschland möge es ein bißchen so sein, wie woanders, sei es chiapas oder kurdistan, immer noch stark vorhanden ist. wir halten sie aber für falsch und für gefährlich: sie ist auch ein ausdruck der verdrängung der deutschen geschichte, die eben nicht tot und schon gar nicht vergangen ist. wir sind der auffassung, daß gerade angesichts der aktuellen entwicklung in deutschland, die momentan die phase der kriegsmobilisierung nach innen durchmacht, mit dem ziel endlich auch gegen serbien in den krieg ziehen zu dürfen, ein antinationaler und antideutscher bezug mehr als notwendig ist. gerade die fehler der deutschen linken, die begeisterung für völker und vaterländer, fallen uns in dem von deutschland angezettelten jugoslawien-krieg auf die füße. die deutsche beteiligung an diesem krieg wird im nächsten jahr eine der kernfragen sein - und ob die linke über eine pazifistische gegnerInnenschaft zu diesem krieg hinaus etwas entwickeln kann. die frage der massen oder der sozialen kämpfe wird sich in diesem zusammenhang noch einmal ganz anders stellen.

die frage ist für uns nicht, ob wir als linke attraktiv bleiben oder werden wollen - die frage ist, tragen wir den deutschen konsens oder nicht, akzeptieren wir einen deutschen frieden oder lassen wir das bleiben.

ak kassiber berlin
dezember 94

ak kassiber berlin
c/o infoladen daneben
liebigstr. 34
10247 berlin





c/o Buchladen
Rote Straße 10
37073 Göttingen

geöffnet: Mo 16.00-17.00 & 19.00-20.00 Di,Mi 16.00-18.00 Do 16.00-18.00 ♀/⚢Tag

Sabotagespielchen, Schachfiguren oder wie gehen wir mit wem um?

Wir beziehen hiermit Stellung zu den falschen Behauptungen, die über unsere Rolle in Bezug auf den Termin der bundesweiten Demo in Rotenburg/Hessen am 19.11. in linken Kreisen kursieren. Da wir mittlerweile bundesweit auf unsere "Machtspiele" angesprochen werden, z.B. sollen wir die Antifas aus Bad Hersfeld als Schachfiguren benutzt haben, um die 19.11.-Demo der (M) zu sabotieren, sehen wir uns gezwungen auch bundesweit zu antworten. Die folgende Stellungnahme wurde bereits am 5.12.94 an alle Göttinger Gruppen verteilt. Mitglieder der AA(M) hatten sich bereits vorher (am 17.11.) über den Sachverhalt informiert. Erst später bekamen wir das Papier von der Autonomen Antifa (M) (Interim 312) in die Hände, in dem sie von einer Göttinger "Szene-Angehörigen" sprechen, die die beiden Demos (Göttingen/Rotenburg am 19.11.) gegeneinander ausgespielt haben soll. Um weiteren Spekulationen vorzubeugen: Es geht dabei um eine "Szene-Angehörige" aus dem autonomen infobüro.

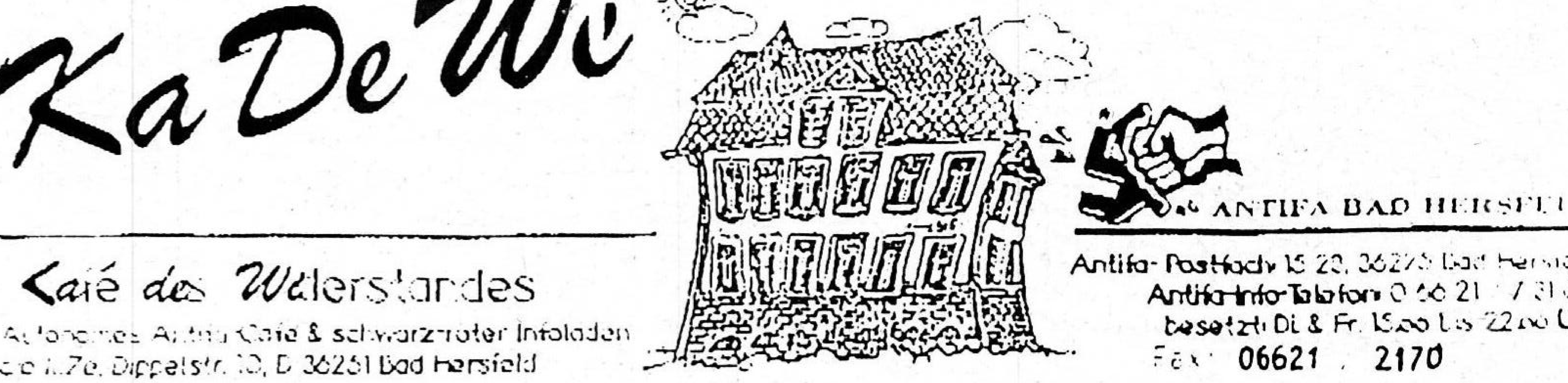
Laut Gerücht sollen wir, das autonome infobüro, die Antifa Bad Hersfeld dazu bewegt haben, die Demonstration wegen der Ermordung eines Antifaschisten in Rotenburg auf Samstag den 19.11. zu legen, obwohl diese ursprünglich am Sonntag, den 20.11., stattfinden sollte.
Dieses sollen wir veranlaßt haben, um einer bundesweiten Demo der autonomen Antifa (M) am 19.11. in Göttingen zu schaden.
Diese Behauptungen sind komplett falsch. Richtig ist, daß wir mit der Antifa Bad Hersfeld über den Termin der Demo gesprochen haben. Dabei haben wir den HersfelderInnen gegenüber geäußert, daß wir unabhängig vom Termin nach Rotenburg kommen würden. Wie die Mobilisierung bundesweit einzuschätzen sei, sollten sie bei den entsprechenden Antifagruppen erfragen. .... (aus unserer Stellungnahme "Wider die Gerüchteküche" vom 5.12.94)
Auch die Antifa Hersfeld hat sich zu den Vorwürfen geäußert; ihre Stellungnahme ist ebenfalls in dieser Ausgabe abgedruckt.

In diesem Papier geht es uns im wesentlichen darum, die gegen uns erhobenen Sabotagevorwürfe aus der Welt zu schaffen.
Obwohl es zu dem Auswertungspapier der AA(M) noch mehr zu sagen gäbe, wollen wir nur noch einen für uns sehr wichtigen Punkt ansprechen:
Die Gruppen, die das Demo-Konzept für den 19.11. im Vorfeld kritisiert und schließlich abgelehnt haben, werden in dem Papier als nicht-revolutionär eingestuft. Aktionen dieser Gruppen (auch unserer) werden entpolitisiert oder als sozialdemokratisch-reformistisch abgewertet. Das zeigt wie so oft, daß die AA(M) keine Kritik an sich heranläßt, deshalb wollen wir uns an dem Papier nicht weiter abarbeiten.
Falls Hintergrund-Informationen zu der Auseinandersetzung um die 19.11. Demo in Göttingen gewünscht werden, sind wir gerne bereit, die vorhandenen Papiere zuzuschicken.

mit antifaschistischen Grüßen
autonomes infobüro

Göttingen, den 12.1.1995





Stellungnahme der autonomen Antifa Hersfeld zu den gegen da Göttinger Infobüro erhobenen Vorwürfen

Hiermit reagieren wir auf die Kontroversen und Mißverständnisse, die um die Wahl des Termines der Demo am 19.11.94 in Rotenburg entstanden sind.

Richtig ist, daß die Demo in Absprache mit den Leuten aus Rotenburg ursprünglich für den 20.11.94 geplant war. Dieser Termin wurde auch noch in unserer ersten Pressemitteilung erwähnt, jedoch nur als wahrscheinlicher Termin. Eine Woche vor dem Wochenende an dem die Demo auf jeden Fall stattfinden sollte
(da die Tat zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Wochen zurücklag) gab es bereits eine gruppeninterne Diskussion , in deren Verlauf der Sa. als geeigneterer Tag bestimmt wurde. Obwohl uns die Problematik de am selben Tag stattfindenden Conny-Demo durchaus bewußt war, erschienen uns und verschiedenen anderen Antifas, mit denen wir uns vor einer endgültigen Terminänderung kurzgeschlossen hatten, folgend Gründe für den 19.11. als Termin zu sprechen:
-An einem Sonntag hätten wir weniger Öffentlichkeit erreicht, als an einem Samstag
-Desweiteren war unsere Einschätzung, daß Sonntags ein geringeres Mobilisierungspotential zur Verfügur steht als Samstags
-Bei eventuell längerfristigen Festnahmen wäre der Sonntag ungünstig gewesen
-Bei Gesprächen mit verschiedenen anderen Gruppen wurde uns der Eindruck vermittelt, daß es durcha Leute gab, die nicht bereit waren nach Göttingen zu fahren, die jedoch Interesse hatten, nach Rotenburg zu kommen. Dies ist sicherlich nicht uns, sondern den um die "M" bestehenden Kontroversen zuzuschreiben.
-Am Sonntag, dem 20.11.94 wäre es vielen der MitorganisatorInnen aus verschiedenen Gründen nicht möglich gewesen, an der Demo teilzunehmen.

Da mehrere Gruppen nach der Conny-Demo evt. noch an der Demo in Rotenburg teilnehmen wollten, hatten wir in der Phase vor der Demo mehrmals versucht die Antifa "M" zu erreichen, was jedoch nicht möglich war.
Bei diesem Gespräch wollten wir klären, ob es sinnvoll sei, die Demoroute in Rotenburg zu ändern, um diesen Gruppen zeitlich zu ermöglichen, noch nach Rotenburg zu kommen. Außerdem hatten wir geplant (und letztendlich auch durchgeführt), bei der Piotr-Demo ein Redebeitrag zur Conny-Demo zu halten, ur wollten der "M" vorschlagen, den Vorfall um Piotr auch auf der Conny-Demo zu schildern.

Wir wollen noch einmal betonen, daß wir uns ausschließlich aus den oben genannten Gründen zu einer Terminänderung entschlossen hatten, und das Göttinger Infobüro uns somit nicht als "Schach-" oder sonstige "Spielfiguren" benutzt hat.
Falsch ist auch, daß ein Mitglied des Göttinger Infobüros uns gegenüber behauptet habe, d Conny-Demo sei "nicht wichtig"!

Mit antifaschistischen Grüßen

Revolutionäre Schachzellen Bad Hersfeld

RIESA

Antifaschistischer Widerstand ist gerechtfertigt!

Zu: Riesa 6./7.1.1995

Sachsen Innenministerium glänzt vor allem in den letzten drei Jahren mit immerwährenden Erfolgen gegen die rechtsradikale Szene. Nach den Übergriffen in Hoyerswerda 1991 wurde die SoKoRex (Sonderkommission Rechtsextremismus) gegründet. Seitdem reißen die "Erfolgsmeldungen" über die Schlagkraft dieser Behörde unter der Regie von Innenminister Eggert nicht mehr ab. Die Vorreiterrolle die Bayern in der damaligen BRD gespielt hat (u.a. Verschärfung der Polizeigesetze) trifft nun zweifellos für Sachsen zu. Die personelle wie auch bürokratische Verstrickung zwischen den Freistaaten stehen im Ergebnis für eine neue Qualität des Überwachungsstaates. Sachsen ist Testfeld für neue Methoden repressiver Gewalt.

In der Nacht vom 6./ 7.1 1995 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen ca. einem Dutzend Faschisten und zwei AntifaschistInnen vor einem Lokal in Riesa, das als gelegentlicher Treffpunkt von Faschisten bekannt ist. Als nach einigen Provokationen der Nazis, Nino und seine Freundin die "Grillbar" verließen, wurden sie angegriffen. Nino wehrte sich, ein angreifender Faschist wurde tödlich verletzt. Danach versuchte N. sich in Sicherheit zu bringen; er wurde daran von anderen Nazis gehindert und mußte sich gegen diese Angriffe verteidigen.
Nino erlitt dabei einen Schädelbasisbruch, eine Milzruptur, mehrere Rippenbrüche. Bis Mittwoch lag er im Koma. Fünf Faschisten wurden während dieser Auseinandersetzung verletzt.
In der darauffolgenden Nacht griffen Nazis das "Offene Jugendhaus" in Riesa an. Am nächsten Tag versuchten Faschisten aus der Region eine Gedenkfeier in einem ebenfalls städtisch geförderten Klub, "U-Punkt" in Riesa, zu initiieren. Diese "Feier" wurde verboten.

Die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort hat sich in den letzten Tagen als schwierig erwiesen.

Ein Kontakt zu Nino ist im Moment nicht möglich. Die Polizei bewacht sein Krankenzimmer, mittlerweile ist er in ein anderes (uns bekanntes) Krankenhaus verlegt worden. Seit einer Woche werden nur spärlich Informationen vom LKA an die Öffentlichkeit weitergegeben. Verschiedene Gerüchte häufen sich, der eigenen Recherche sind Grenzen gesetzt. Bestimmte regionale antifaschistische Gruppen oder vorwiegend Einzelpersonen sind z.T. wenig kooperationsbereit. Berechtigte Begründung liegt vor allem in der Befürchtung weiterer Angriffe seitens der Faschisten.
Einige ZeugInnenaussagen sind widersprüchlich. Morddrohungen gegen Antifaschisten, die in Riesa oder Umgebung leben sind keine Einzelfälle, bisjetzt sind zwei bekannt.

Unterstützungsarbeit!
Seit dem 8.1. versuchen einige Städte nach einer ersten "Bestandsaufnahme" den Vorfall in Riesa zu bewerten und Aktionen zu planen.
Strukturelle Probleme lassen sich hierbei nicht wegleugnen.
Aber!
Der faschistische Straßenterror, am Beispiel Ostsachsen, hat unvermindert Kontinuität, auch wenn offizelle Zahlen scheinbar dagegen sprechen. Der Mord an dem Antifaschisten Micha G. aus Zittau (Sachsen) am 20. Dezember 1994 ist nur eines der letzten Beispiel dafür.
Die Diskussion, ob die Mittel gegen faschistische Angriffe angemessen sind oder nicht, steht für uns so nicht im Raum. Die alltägliche Erfahrung läßt wenig Möglichkeit, im speziellen Falle, zum Abwägen.

Für den 28.1. 1995 ist eine Demonstration in Großenhain (in der Nähe von Riesa) geplant, um gegen die faschistischen Aktivitäten im Raum Riesa/ Dresden, den täglichen Straßenterror von Nazis zu demonstrieren und zum Ausdruck zu bringen, daß **Antifaschistischer Widerstand gerechtfertigt** ist!

Erklärung von:
Antifant Großenhain, Jugendantifa Dresden, Infoladen "Schlagloch" Dresden, Antifaschistische Aktion Plauen

Aufruf, Plakat, pp. folgt.

Plauen, den 15.1.1995

TOM SAILOR

Seemannsgarn

Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer „Antifa"-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K.

Im November 1994 ging vor einer Jugendkammer des Moabiter Landgerichtes ein sogenannter Antifa-Prozeß gegen sieben Angeklagte wegen der Tötung des Faschisten K. im Frühjahr 1992 zu Ende. Während ein Angeklagter wegen erwiesener Unschuld nach der Verbüßung einer elf-monatigen Untersuchungshaft freigesprochen werden mußte, wurden die anderen wahlweise zu Bewährungsstrafen und Haftstrafen von bis zu drei Jahren Knast verurteilt. Alle Angeklagten wurden spätestens nach der Urteilsverkündung aus der Haft entlassen. Gegen zwei weitere, zum Zeitpunkt der Urteilsverkündigung noch flüchtige Beschuldigte dieses Verfahrens wurde der Haftbefehl aufgehoben. Er bleibt jedoch für einen weiteren flüchtigen Beschuldigten in Kraft, bei dem durch Aussagen der allermeisten anderen Angeklagten implizit oder explizit behauptet wurde, die tödlichen Stiche gegen den Faschisten K. geführt zu haben.

Im Verlaufe des Gerichtsverfahrens wandelte das Gericht die von der Staatsanwaltschaft erhobene Mordanklage in den Strafvorwurf einer „schweren Körperverletzung mit Todesfolge" um. Dieser Vorgang machte es möglich eine in der engeren Soli-Szene wie in der weiteren Presse-Öffentlichkeit gegenüber einer zunächst befürchteten Strafhöhe von „lebenslänglich" eine als relativ „mild" empfundene Strafhöhe auszusprechen. Die vom Gericht zur Anwendung gebrachte Qualifizierung der zur Aburteilung anstehenden „Straftat" als „Körperverletzung mit Todesfolge", die in einem banalen rechtsstaatlich vorausgesetzten Sinne nur selbstverständlich wäre, wird allerorten in der Öffentlichkeit als „liberal" bewertet. Eine derartig mißverständliche Betrachtungsweise, in der die schlichte Anwendung rechtsstaatlicher Grundsätze in einem immerhin öffentlichen Gerichtsverfahren weniger als „normal" denn als „liberal" gilt, sagt sowohl etwas über den gesellschaftlichen Kritikverlust als auch einiges über tatsächliche gesellschaftliche Kräfteverhältnisse aus.

Die nachfolgenden Überlegungen kreisen vor allem um den durchaus schillernd zu verstehenden Begriff der „politischen Verantwortung" und haben in diesem Zusammenhang hauptsächlich die Nicht-Diskussionen und (soweit überhaupt von außen erkennbar) Positionierungen innerhalb der Antifa-Solidaritätsarbeit zu diesem Prozeß zum Gegenstand.

Dabei setzt der Autor bei den geneigten LeserInnen die Kenntnis der nicht eigentlich überraschenden Tatsache voraus, daß die Berliner Staatsschutz-Bullen besonders im Vorfeld dieses Verfahrens mit mehr als zweifelhaften Vernehmungs- und Ermittlungsmethoden sowie einer seitens des verurteilenden Gerichts nicht aufgeklärten Kooperation mit Nazifunktionären eine Manipulation des Strafverfahrens erreichen wollten. Resümierend kann in diesem Zusammenhang lapidar festgestellt werden, daß das politisch motivierte Repressionsinteresse der Berliner Staatsschutzbullen gegenüber der Antifa-Bewegung mit ein paar Abstrichen mehr oder weniger erfolgreich hat realisiert werden können. Deprimierend, aber wahr.

Wahr ist auch, daß sich in einer politisch verstandenen Soliarbeit zu den eigenen Gefangenen immer als ein wenig hilflos darstellt, wer Bullen und Justiz etwas öffentlich vorwirft, was man ihnen zugleich in den politischen Analysen ganz gerne unterstellt. Zudem befinden sich diese Institutionen nur – wenn überhaupt – mittelbar im Bereich des im eigenen Interesse ausgeübten politischen Einflusses. Hingegen kann eine Solibewegung, so sie denn stark genug ist, ganz unmittelbar die autonome Fähigkeit besitzen ihr eigenes – nach Möglichkeit ja kritisches – Selbstverständnis zu formulieren. Genau das – und kaum etwas anderes – steht unter ihrer unmittelbaren Kontrolle. Eine Soli-Bewegung konstituiert sich nicht vorrangig in der Abwehr der staatlichen Repression, sondern dadurch, daß diese Bewegung gegen die Logik der herrschenden Gewalt lernt, eine andere Sprache aus einem politisch begründeten Selbstverständnis zu sprechen. Und dabei kann es erst einmal bedeutungslos sein, daß die Bullen „als stark" und die Gegenkräfte der Antifa-Bewegung „als schwach" empfunden werden. Was zählt, ist in diesem ganz konkreten Zusammenhang – Bullen hin oder her – erst einmal nur, was man sagt und was man nicht sagt, bzw. was man damit begründen und vielleicht sogar „politisch" zum Ausdruck bringen will.

Die nachfolgenden Aussagen basieren hinsichtlich des nicht unwichtigen Kriteriums einer autonomen Praxis seitens des Autors auf folgenden Voraussetzungen: 1. Teilnahme an mehreren Antifa-Solidemos für die Verhafteten. 2. Der Besuch zweier öffentlicher Solidaritätsveranstaltungen. 3. Regelmäßige Lektüre diverser Erklärungen und Mitteilungen des Solikreises sowie anderer in diesem Zusammenhang agierender Gruppierungen. 4. Zweimal sprühen gegangen. 5. Geld gespendet.

Eine verworrene Vorgeschichte

Etwas über ein halbes Jahr nach dem Pogrom in Hoyerswerda treffen sich im April 1992 Funktionäre einer kurz zuvor gegründeten faschistischen Gruppierung namens „Deutsche Liga" in einem China(!)-Restaurant in Kreuzberg. Sie werden plötzlich von einer Gruppe Vermummter überfallen und mit Knüppeln und Messer attackiert. Einer wird dabei schwer verletzt, und derjenige, der am nächsten zum Ausgang sitzt, der Faschist K., getötet. Die Täter können unerkannt entkommen.

Im Unterschied zu den in diesem Land normal gewordenen rassistischen Morden gegen Menschen, die nicht Privateigentümer eines deutschen Personalausweisdokumentes sind, reagieren die Bullen prompt, bilden eine Sonderkomission und setzen die ungewöhnlich hohe Summe von 20 000 DM Kopfgeld aus.

Der Überfall und die Tötung eines Faschisten werden nach dem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit in einer Zeit des alltäglich mörderischen Rassismus in einen politischen Zusammenhang gestellt. Wie genau ist dieser „politische Zusammenhang" beschaffen?

Wurde der Überfall von einer fest organisierten Gruppe von Antifaschisten gemeinsam vorbereitet, politisch bestimmt und dann überlegt mit einem gewünschten Ergebnis durchgeführt? War die Aktion im gesamten Ablauf zuvor innerhalb der Gruppe abgesprochen worden? Oder hat es im Verlauf mehrere Aktionen gegeben, die nur noch bedingt dem Zusammenhang der handelnden Gruppe zugeordnet werden können?

Diese Fragen waren (in unmittelbarer

Folge jener Aktion/en im Chinarestaurant) auch deshalb nicht zu beantworten, weil weder ein Bekennerschreiben noch eine Selbstbezichtigung irgendeiner Gruppe zu Ziel, Ablauf und dem beabsichtigten Ergebnis des Überfalls auf die Nazi-Funktionäre auftauchte. Im Prinzip wußte also niemand etwas über den konkreten „politischen Zusammenhang" jenes Ereignisses. Unsere diesbezüglichen Überlegungen und Spekulationen waren daher zunächst auf die Hergangs- und Ereignisschilderungen aus der bürgerlichen Presse angewiesen.

Im Tagesspiegel und in der TAZ wurde in den Tagen nach den ersten Verhaftungen notiert, daß nach Angabe der Ermittlungsbehörden der „Mordfall Kaindl" kurz vor der Aufklärung stehe. Beide Blätter setzten den doch eigentlich erst juristisch zu beweisenden „Mordfall" nicht in Anführungsstriche, den sie ganz im Sinne der Bullen – als bloße Tatsache zu behandeln.

Die Soliarbeit war demzufolge von Beginn seitens der Justiz und der bürgerlichen Presse mit dem Vorwurf des Mordes an die Adresse derjenigen konfrontiert, mit denen Solidarität gefordert werde.

Der Vorwurf des Mordes ist eine der dicksten Keulen, die die Justiz gegen eine Bewegung, eine linke allemal, schwingen kann. Dieser nicht ganz alltägliche Vorwurf beinhaltet neben immensen strafrechtlichen Konsequenzen auf der politischen Seite eine denunziatorische moralische Zuschreibung über den Charakter der Beschuldigten, inklusive der Bewegung, der sie angehören bzw. zugerechnet werden. Mörder sind, um ihrem zweifelhaften Titel gerecht zu werden, böse, fies, heimtückisch, brutal und gemein. Sie handeln aus niedrigen Beweggründen. Es war offenkundig, daß mit dem Vorwurf des Mordes an die Antifaschisten der antifaschistischen Bewegung als potentielle Mörderbande, im Sinne der bürgerlichen Gleichung: Links gleich Rechts die Legitimität ihres Anliegens, abgesprochen werden sollte.

Bemühungen der Soli-Arbeit

Freunde, Bekannte und GenossInnen der Verhafteten beginnen sich um die Soli-Arbeit zu kümmern. Sie schreiben ein Flugblatt und organisieren eine Kundgebung vor den Knästen in Plötzensee und Alt-Moabit. Kurze Zeit später findet eine Soli-Demonstration für die verhafteten und verfolgten Antifas durch SO 36 statt. Die Mobilisierungen zu den Knastkundgebungen und der Demo stehen unter den beziehungsreichen Slogans: „Wer Wind säht, wird Sturm ernten!" und „Wir holen sie raus!" Der Solikreis macht also nicht von seinem Schweigerecht Gebrauch.

In den Flugis, auf Plakaten und Redebeiträgen wird darauf verzichtet, den „Mordvorwurf" der bürgerlichen Justiz zurückzuweisen. Keine Probleme also? Statt dessen beklagt ein Flugi (Interim Nr. 263) ganz allgemein die Vorverurteilung durch die Behörden und Medien und die Kumpanei von Justizverwaltung und Nazis. Zum Schluß wird unter Bezug auf die Umstände der Ermordung Silvios die heroische Aussage: „Wir werden auch in Zukunft nicht weglaufen" hingeschrieben. Das Demo-Plakat fordert u.a.: „Offensiver Widerstand gegen Faschisten/Faschistinnen und Sexisten", kurz vor dem Hinweis: „Keine Aussagen bei den Bullen". In einem Kundgebungsbeitrag in Kreuzberg führt ein Redner aus, daß, da die Nazis in den letzten drei Jahren über 60 Menschen ermordet hätten, es schon „mal passieren kann, wenn einer von ihnen liegen bleibt". Diese Aussage, bei der man vergeblich darauf wartete, dafür noch eine genauere Erläuterung zu bekommen, beklatschen die allermeisten DemonstrationsteilnehmerInnen.

In der Szene kursieren nach diesem Ereignis Plakate, die davor warnen, „Gerüchte" in die Welt zu setzen oder gar Aussagen bei den Bullen zu machen. Auch diesmal galt: „Anna und Arthur halten's Maul!" Doch worüber eigentlich genau das Maul gehalten werden soll, wird in diesem Slogan nicht gesagt. Immerhin gehen die Wirkungen des gewaltsamen Todes eines Faschisten nicht nur wegen der Bullenreaktion in einer allgemeinen Öffentlichkeit, sondern auch in den Gedanken- und Gefühlswelten der autonom-antifaschistischen Szenerie quer durch alle Köpfe und Bäuche. Irgendetwas ist auch bei uns „bewegt" worden, hätten wir es doch sonst gar nicht registriert. Soll gerade über die Fragen, was die Wirkungen jenes Todes eines Faschisten mit uns eigentlich machen und wie wir das sowohl konkret als auch abstrakt finden, auch das „Maul gehalten" werden?

Diese Fragen unter Hinweis auf die tatsächlich existierende staatliche Repression zu umgehen, kann – wohlwollend betrachtet – den Verdacht aufwerfen, allgemeine und im schlechten Sinne abstrakte Benimmregeln für andere unter dem Motto: „Das gehört sich aber nicht!" aufzustellen. Das ist ein in jeder Hinsicht autoritäres Unterfangen. Böswillig betrachtet, ist nicht auszuschließen, daß sich hinter dem leeren Slogan: „Keine Gerüchte" eine Position verbirgt, die zwar „keine Gerüchte" sagt, aber die Zerstörung der für eine politisch kontroverse Diskussion notwendige Form der Öffentlichkeit meint.

Die Aktion/en gegen die Nazis im Chinarestaurant waren dadurch gekennzeichnet, daß Leute, von denen zunächst nur die Bullen behaupteten, es seien Antifaschisten gewesen, nicht irgendwohin weggelaufen, sondern ganz konkret dorthin gegangen waren, um dem Treiben der Nazis an diesem Ort zu jenem Zeitpunkt ein Ende zu bereiten. Das ist im Ansatz nur zu begrüßen, weil es einem politischen Selbstverständnis entspricht, welches (nicht nur) von vielen Antifas und Autonomen geteilt wird. Das ist weder als „defensiv" noch als „offensiv" zu beschreiben, weil eine derartige Haltung einfach nur selbstverständlich ist – oder sagen wir: sein sollte.

Welche Bedeutung hat das, was gesagt und gefordert wird?

Wie haben wir dann aber eine Aussage, in der zunächst richtig darauf hingewiesen wird, daß die Faschisten in der Tat Böse sind, zu bewerten, die im zweiten Teil zu dem Schluß gelangt: „Da kann es schon mal passieren, daß einer von ihnen liegen bleibt!"? Soll diese Beschreibung Ausgangspunkt dafür sein, sie zum Gegenstand der Kritik über die Reichweite und Grenzen unseres Handelns zu machen? Oder bleibt es lediglich bei der als „banal" verkleideten Beschreibung eines nicht von der Hand zu weisenden konkreten Sachverhaltes? Dann ist sie – in jeder Hinsicht – unpolitisch, weil jeder zu rätseln hat, was damit eigentlich gesagt werden soll.

Sollte diese „da kann dann schon mal einer liegen bleiben"-Bemerkung jedoch tatsächlich „politisch" gemeint sein, aus taktischem Geschick natürlich auch „versteckt", dann ist sie in jeder Hinsicht für die von einer Solibewegung zu formulierenden politischen Ansprüche eine im wahrsten Sinne des Wortes demoralisierende Bankrotterklärung.

Was ist dann aber unter der Forderung „Offensiver Widerstand" gegen FaschistInnen zu vestehen? Von welchem Begriff des „defensiven Widerstandes" soll er abgegrenzt werden? Abgesehen davon, daß diese Unterscheidung als völlige Abstraktion wenig mehr ausdrückt als einen kompletten Unsinn, verhöhnt sie diejenigen, die im Falle eines konkreten Rassisten-Angriffs versuchen, sich irgendwie zu wehren. Die Leute, die in das Chinarestaurant hineingegangen sind, waren in der ganz konkreten Situation, frei ihr Tun zu kalkulieren und zu bestimmen. In diesem Falle war der Ansatz der Aktion konkret nicht Verteidigung, sondern Angriff. Und soweit daran ein antifaschistischer Zusammenhang geltend gemacht wird, muß genau *das* politisch verteidigt werden, anstatt in Begriffen über eine Realität zu sprechen, die in diesem Fall so nie existiert hat. Wenn man alles, was getan und nicht getan wird, unter dem diffusen Begriff des „Widerstandes" subsumiert, wird man, bezogen auf die Realität blind und kann nichts mehr über konkrete Handlungsmöglichkeiten im tatsächlichen Widerstand gegen diese Verhältnisse aussagen. Deshalb ist es nur selbstverständlich, öffentlich zu vertreten, daß wir die Faschisten, wo

immer sie sich zusammenrotten wollen, angreifen werden. Klar ist bei einer derartigen Positionierung, daß wir uns dann nicht mehr unter einem Begriff von „Widerstand" als sogenannte Opfer gegen Kritik immunisieren können. Wer angreifen will, muß sich öffentlich als Täter ganz anders erklären und begründen können als ein Opfer. Und zwar in einer Form, die sich einer ständigen Selbst-Kritik ausgesetzt sieht, was überhaupt erst die Voraussetzung dafür ist, daß alle, die sich an diesem Angriff beteiligen, hinterher in die Lage versetzt sind, diese Aktion mit allen ihren Konsequenzen politisch zu tragen. Das ist doch gerade die politische Herausforderung: Opfer, namenlose allemal, gibt es schon zu viele. Wir haben statt dessen selbst-bewußte, verantwortliche TäterInnen zu werden.

Unzweifelhaft nährte die Forderung nach „offensivem Widerstand" die Spekulation, daß damit eine politische Position vertreten werden sollte, die die gesamte/n Aktion/en inklusive der damit verbundenen Folgen im Prinzip für „ganz in Ordnung" befindet.

Nun, ein Strategieentwurf, der halböffentlich damit kokettiert, daß darin auch die Tötung von Faschisten eingeschlossen ist, hat durch die Erwägung desjenigen Mittels, das für alle Beteiligten die gravierendsten Konsequenzen nach sich zieht, gegenüber anderen Strategien zunächst einmal den Vorteil, auf den ersten Blick am mutigsten und radikalsten zu erscheinen. Während andere noch überlegen und voller Widersprüche ihre Skrupel wälzen, sind die Faschistentöter eins mit sich selbst, ganz einheitliches Subjekt, welches gegen alle Ambivalenzen scheinbar konsequent reinen Tisch macht. Jede Kritik an derartigen Strategien kann dabei mit dem Verweis auf die faschistischen Greuel zurückgewiesen werden, verbunden mit dem doppeldeutigen Unterton, die Kritiker der Inkonsequenz und Feigheit zu beschuldigen. Wer nicht wie die Faschistentöter-Strategen kämpfen will, ist unter Umständen nicht nur an diesen abgelehnten Verhältnissen interessiert, sondern womöglich sogar noch verantwortlich im Sinne von „Schuld an ihnen". Die Diskussion über verschiedene Formen von Widerstand verlagert sich von der Ebene der Dinge auf die Ebene der hochaufgeladenen Moral des latent schlechten Gewissens und wird hier von individuell gedachten Mutproben zu einem bloßen abstrakten Bekenntnis von autoritär abverlangten Mutproben. Dabei verkommt die Militanz auch gegen Faschisten, die sich von den Mühen einer politischen Begründung glaubt abkoppeln zu können, zur bloßen Gewalt derjenigen, die unkontrolliert und auf eigene Rechnung machen wollen, was sie – und nur sie – wollen. Politisch unkontrollierte Gewaltformen sind nicht nur spiegelbildlicher Ausdruck herrschender Gewalt, sie zerstören auch jeden Ansatz einer Bewegung, die einen ambivalenten Begründungszusammenhang braucht, weil sie sonst keine ist. Über die konkreten Interessen derjenigen, die jeden Ansatz einer Bewegung mit einer politisch entkoppelten Androhung von Gewaltformen zu verhindern versuchen, kann man spekulieren.



Ein vorläufiges Resümee

1. Die politisch verstandene Soliarbeit für die Verhafteten im Fall der Tötung des Faschisten K. zeigte sich zu keinem Zeitpunkt dazu in der Lage, diejenigen Fragen und Widersprüche der zur Solidarität aufgeforderten Menschen zum Gegenstand einer freien und dadurch emanzipatorischen Diskussion zu machen. Dabei ist es erst einmal egal, ob dies aus Unfähigkeit oder aus erklärtem Unwillen geschehen ist.

2. Insgesamt betrachtet haben antifaschistische Solikreise den gescheiterten Versuch unternommen, ein vielleicht aus vielen Gründen verständliches, jedoch niemals politisch erklärtes Ereignis, welches zufällig zum Tode des Faschisten K. führte, nachträglich mit einem politischen Sinn zu versehen, der zu keinem Zeitpunkt existierte. Und das war nicht nur einfach barer Unsinn, sondern schlicht und einfach gelogen.

3. Im Prinzip spricht natürlich nichts dagegen, wenn eine Bewegung versucht, die herrschende Macht zu belügen. Will sie aber eine sein, sollte sie sich hinsichtlich ihrer Fähigkeit, so gut als möglich lügen zu können, auch auf diese Adresse beschränken. Die konkrete Antifa-Soliarbeit hat jedoch in diesem Fall die (zurecht!) zur Solidarität mit den Verhafteten gebetenen Leute vollständig und umfassend belogen. Hoffentlich gelingt es wenigstens für die Zukunft, über die gesellschaftlichen Ursachen dieser insbesondere auf einigen Soliveranstaltungen als Erscheinung zu erleidende „Heckenschützenkultur" gründlicher als bisher nachzudenken – und sie vielleicht zu verändern.

4. Wenn der Solikreis mit seiner Arbeit einen Sinn und auch relativen Erfolg gehabt hat, dann besteht er darin, konsequent verhindert zu haben, daß irgend jemand der zur Solidarität aufgerufenen Leute konkret aus einer komplett falsch gelaufenen Aktion für die doch als gemeinsam zu formulierende Zukunft etwas im Sinne von: „So nicht!" lernen hat können. Deshalb ist es auch richtig zu sagen: Keine so „politisch verstandene Soliarbeit" wäre besser gewesen als so eine.

5. Bis auf zwei Angeklagte haben alle Anderen sowohl vor der Aktion, bei der Aktion, in der Aktion, nach der Aktion und nachfolgend in Gesprächen bei den Bullen und im Gericht gemacht, was sie, und nur sie machen und sagen wollen. Das mag aus vielen Gründen erklärbar und vielleicht auch verständlich sein, ein wie auch immer „politisch" zu begründendes Verhalten ist es jedenfalls nicht. Zwei Angeklagte haben es vorgezogen – aus Gründen, die wir nicht im letzten Detail kennen – ihre Widersprüche zu jenem Ereignis im Chinarestaurant und zur Gruppe lieber mit der Polizei und dem Gericht zu besprechen als mit den Leuten, mit denen sie gemeinsam (?) zum Chinarestaurant gegangen sind. Drei andere sich selbst wohl noch immer als „politisch" verstehende Angeklagte haben nicht der unentwegt zur Solidarität aufgeforderten Bewegung Rede und Antwort gestanden. Statt dessen haben sie die Entscheidung getroffen, erst einmal mit Vertretern der staatlichen Repressionsorgane eine Verständigung zu erreichen. Das sagt im Grunde genommen fast schon alles nicht nur über die „Politik" jenes niemals politisch erklärten Ereignisses, sondern auch über die reale Schwäche der Solibewegung: In letzter Instanz wird doch als erste Adresse mit dem Staat, anstatt mit den zur Solidarität Herbeizitierten kommuniziert.

6. Diese Verhaltensweise ist den Angeklagten als den ohnehin schwächsten Gliedern einer antifaschistischen Bewegung nicht individuell im Sinne irgendeiner „Schuld" anzulasten. Mit dieser Betrachtungsweise ist ohnehin keine Erkenntnis möglich. Unhintergehbar ist aber für die Zukunft die Erkenntnis, daß dieser bemerkenswerte Vorgang eigentlich nur illustriert, was auch schon vorher mit einem entschiedenen selbstkritischen Nachdenken zu haben gewesen wäre: Ein in der halböffentlichen politischen Praxis mit Militanz kokettierendes Maulheldentum führt im Falle des Eintretens von Gefahr und höchster Not eher zu einer freundlichen Plauderei mit Bullen, Gericht und der Staatsanwaltschaft denn zu einem selbstkritischen Kommunikationsprozeß innerhalb einer Bewegung.

7. Sowohl die Aktion/en im Chinarestaurant, die nachfolgende Nichtbewältigung durch die teilnehmenden Gruppenmitglieder, die nach deren Verfolgung einsetzende „politische" Soliarbeit als auch das konkrete Verhalten der meisten Angeklagten während des Gerichtsverfahrens waren – und das ist im wahrsten Sinne des Wortes gemeint: verantwortungslos. Nur auf der Basis dieser ganz konkret in diesem Fall zu erleidenden Erkenntnis würde überhaupt den Versuch einer neuen Diskussion lohnen, wenigstens dem Anspruch eines Begriffes von Solidarität nach. Alles andere ist – so oder so – dem Vergessen anheimgegeben. Vernünftigerweise.



EINLADUNG

zum bundesweiten Vorbereitungstreffen für den Autonomie-Kongreß der undogmatischen linksradikalen Bewegungen am 3.–5. Februar in Hamburg

Worum es gehen wird:

Nachdem wir uns auf dem letzten Treffen in Erfurt auf eine grobe Struktur des Kongresses geeinigt haben, wird es in Hamburg darum gehen, diese Struktur mit Inhalten zu füllen. (Der Strukturentwurf ist im beiliegenden Protokoll nochmal ausführlich dargestellt.)
Es wird also darum gehen, sich genaue Gedanken zu den täglichen **Eingangsveranstaltungen** zu machen: Wer soll dort etwas sagen? Welche Inhalte sollen repräsentiert werden? Was füreine Form sollen die Veranstaltungen haben (Podiumsveranstaltung oder anderes)?
Welche **AGs** wird es geben, und wie sollen sie organisiert werden?

Wie soll die Idee mit den **100er- bzw. 200er-Plena** umgesetzt werden?
Außerdem gibt es bisher nur äußerst vage Vorstellungen über das **kulturelle Rahmenprogramm** und vor allem den Abschlußtag. Was für eine **Abschlußaktion** soll es am Montag geben?

Geklärt werden muß auch, ob es im Vorfeld des Kongresses einen **Reader** mit wichtigen Beiträgen und Stellungnahmen geben wird (wer stellt den zusammen, was soll rein?), und wie die **Ergebnisse** des Kongresses dokumentiert und aufgearbeitet werden sollen.

Wo wir uns treffen:

Das Treffen findet statt in der **Roten Flora**, Schulterblatt 71.
Dort wird es **Freitag ab 20 Uhr** in der VoKü etwas zu Essen geben und die Schlafpätze werden verteilt.
Samstag gibt es dort um **10 Uhr Frühstück** und um **11 Uhr** geht's dann mit dem **Treffen** los.
Abends sorgen wir dann wieder für's Essen.
Und **Sonntag** geht's wie gehabt um **10 Uhr** mit dem Frühstück weiter.
Um die Anzahl der Schlafplätze abschätzen zu können, wäre es schön, wenn ihr den Anmeldezettel an uns zurückschicken würdet.
Für Essen und sonstige Auslagen hätten wir gerne 30,– DM pro Person – oder soviel ihr euch leisten könnt.

Bis denne im Hamburg

die Hamburger KongreßvorbereiterInnen

Wir kommen aus (Stadt) ....

mit .... Personen

und brachen .... Schlafplätze

Absenden an:
Kongreßini
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20359 Hamburg



Kultur-, Kommunikations- und Jugendzentrum

Wilhelm-Nieswandt-Allee 100
D-45326 Essen

Telefon 0201 - 8 34 44-10
Durchwahl - ________
Fax 0201 - 35 01 58

Stadtteilbüro
83 444 16

Nachbereitungstreffen zu juristischen Konsequenzen von Demonstrationsverbot und Massenfestnahmen anläßlich des Gegengipfels zur EU-Ministerratstagung in Essen

Ort: Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100, Essen
Zeit: Samstag, 28.01.95, 14 Uhr

Auf Grundlage des Verbotes der im Rahmen des Gegengipfels am 10.12.94 geplanten Demonstration mündeten spontane Demonstrationsversuche mit offiziell 918 Festgenommenen in eine der größten Massenfestnahmen der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte. Die banale Ordnungswidrigkeit gegen das Versammlungsverbot verstoßen zu haben, ist der einzige Vorwurf der stundenlange Einkesselungen, Festnahmen in Plastikhandschellen, z.T. Erkennungsdienstliche Behandlungen und das Festhalten in sog. Gefangenensammelstellen legitimiert. Da dieses repressive Vorgehen des ach so liberalen NRW-Innenministeriums in punkto Beschneidung von Demonstrations- und Versamlungsfreiheit neue Maßstäbe gesetzt hat, muß es auf jeden Fall ein juristisches Nachspiel geben. Das Nachbereitungstreffen soll nun dazu dienen über die auf verschiedenen Ebenen möglichen Schritte zu beraten und zu informieren.
Das 'Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel' wird im Rahmen einer Verfassungsklage versuchen eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgehricht zur Rechtswidrigkeit des Demonstrationsverbotes herbeizuführen. Zusätzlich wird daran gedachr, im Rahmen eines Musterverfahrens vor den Verwaltungsgerichten die Rechtswidrigkeit der polizeilichen Einkesselungen feststellen zu lassen, auch um evtl. Schadensersatzansprüche von Seiten der Festgenommenen durchsetzen zu können.
Da die Polizei angekündigt hat bei allen Festgenommenen ein Bußgeldverfahren einzuleiten und mittlerweile auch erste Anhörungsbögen versandt wurden, wird es bei dem Treffen auch eine Beratung über individuelle Reaktionsmöglichkeiten der Betroffenen durch kompotente Rechtsanwälte geben. Das 'Essener Bündnis' empfiehlt auf jeden Fall gegen Bußgeldbescheide fristgerecht Widerspruch einzulegen. Dies kann zunächst auch formlos erfolgen und eine Begründung später nachgereicht werden. Über die Inhalte einer solchen Begründung wird auf dem Treffen ebenfalls informiert. Daneben kann auch über weitergehende individuelle Reaktionen (Anzeige gegen die Polizei wg. Freiheitsberaubung und Nötigung; Widerspruch gegen eine ED-Behandlung etc.) beraten werden.
Alle Festgenommenen werden außerdem darum gebeten sich möglichst mit ausführlichen Gedächnisprotokollen und Angaben zur Person beim Ermittlungsausschuß zu melden:
EA-Gruppe Essen, Postfach 102745, 45027 Essen

Im Kessel abgekocht?

Nachtrag zum EU-Gipfel in Essen



In unserem Nachtrag schildern wir im ersten Teil zunächst die Ereignisse vom Samstag, um sie dann in einem zweitem Teil zu bewerten. Der Text versucht den Stand der Diskussion der beteiligten Zusammenhänge im Ruhrgebiet wiederzugeben.

Die gesamte Kampagne gegen die EU im Zusammenhang mit der Tagung in Essen ist hier allerdings nur am Rand Thema. Um sie zu beurteilen muß die Diskussion ausgeweitet werden.

Die Ereignisse...

9³⁰ Uhr: Polizei »besetzt« den Willi Brandt Platz, ca. 20 Wannen nebeneinander aufgereit in der Mitte des Platzes. Oben am Rand zum Hbf. Dokumentations- und Lautsprecherwagen.

11³⁰ Uhr: Kleine Demonstrantengruppen treffen auf dem Platz ein, stehen am Rand rum, warten. Die Polizei hat zwischenzeitlich mehr als die Hälfte ihrer Kräfte unmittelbar vom Platz abgezogen, ist aber in Richtung Hbf. nach wie vor massiv präsent. Aus dem Lautsprecherwagen der Bullen ertönt die Meldung daß das Demonstrationsverbot auch durch das Bundesverfassungsgericht nicht aufgehoben wurde, und daß sie gegen jeden Demonstrationsversuch einschreiten werden. Bullen gehen zu Demonstrantengruppen hin und fordern sie auf, sich zu zerstreuen, – sonst Festnahme.

12⁰⁰ Uhr: Aus Richtung Bahnhof läuft eine Gruppe von ca. 70 Leuten in Ketten, mit Sprechchören und Megaphon auf den Willy Brandt Platz. Sie sind teilweise vermummt und tragen vorneweg ein Leittransparent. Sie lösen das Problem, wer denn nun mit der Demonstration beginnt, auf beeindrukkende Weise. Die Bullen sind verblüfft und alle umherstehenden DemonstrantInnen ebenso. Die Situation erfordert jetzt ein schnelles und entschlossenes Reagieren, weil mittlerweile klar ist das hier, angesichts des Polizeiaufgebotes, nicht in aller Ruhe eine Demo aufgestellt werden kann.

Von überallher kommen Presseleute angerannt und halten drauf, bildergeil. Die Bullen werden hektisch. Von den umherstehenden Demonstrantengruppen mag sich anscheinend niemand in die Minidemo einreihen. Warum nicht? Worauf warten die Leute?

Die Minnidemo macht nach außen einen beeindruckend geschlossenen aber auch etwas »unzugänglichen« Eindruck. Die Minidemo bleibt stehen und ist nicht zu bewegen, die Fußgängerzone runter in Richtung Burgplatz weiterzugehen. Dieser Ort war zuvor eintreffenden Gruppen als alternativer Treffpunkt genannt worden. Und dann ziehen die Bullen ihr Spalier auf und der erste Kessel steht (ca. 12¹⁵ Uhr)

Am Burgplatz etwa 500 - 600 Leute in größeren und kleineren Gruppen verstreut zwischen den Passanten, abwartend. Keine Bullen in unmittelbarer Nähe. Bekannte Zusammenhänge sind da und plötzlich auch das Leittransparent für den Block und auch die Frauen die sich zuvor in Kleingruppen am Grillotheater getroffen hatten. Nach kurzer Konfusion um die Aufstellung der ersten Ketten beginnt eine Demo die Fußgängerzone hoch in Richtung Bahnhof, der sich immer mehr Leute anschließen. Die Frauen bilden mit dem Leittransparent die ersten Ketten.

Die Idee ist, mit der Demo bis kurz vor dem Willy Brandt Platz zu laufen, alle dort noch ausserhalb des Kessel Herumstehenden einzusammeln und dann wieder die Einkaufszone zurück zu demonstrieren.

Doch die Demo bleibt stecken, nachdem die ersten Ketten vor dem Willy Brandt Platz eine Kurve laufen, weil von links ein SEK kommt (ca. 20 Bullen) und sich an die Seite der Demospitze schiebt. Die Demo bleibt stehen. Große Verunsicherung. Warum geht es nicht weiter? Nur mühsam sind die Leute zu bewegen, sich umzudrehen und weiterzugehen.

Das SEK setzt der Demo nach und die Demo bleibt wieder stehen. In dieser Situation schließen sich nochmals viele Leute am Ende und in der Mitte der Demo an. Das SEK steht jetzt zwischen DemonstrantInnen eingekeilt vor einer Schaufensterfront, wird beschimpft und mit Früchten von einem nahen

Gemüsestand beworfen. Dann kann die Demo sich endlich von dem Spektakel lösen und zügig Richtung Burgplatz laufen. Die vormals letzten Ketten sind jetzt die ersten Ketten, sehr junge Leute, desorientiert und verunsichert. Wo bleiben die Frauen?

Aus der Querstraße am Grillo Theater kommen Bullen von beiden Seiten in die Fußgängerzone und ziehen ein Spalier rechts und links der Demo auf. Der hintere Teil der Demo bleibt stehen und beginnt sich aufzulösen, während der vordere Teil der Demo schon über die Querstraße hinweg fast am Burgplatz steht. Die Bullen machen hinter ihnen dicht und ziehen vorne ihre Ketten zusammen. Der zweite Kessel entsteht (ca. 13^{00} Uhr).

Die Bullen bauen ihren Kessel aber erst langsam auf und viele Zusammenhänge und Einzelpersonen können noch rausgehen. Andere scheinen auf eine Aufforderung zu warten, starren wie das Kaninchen auf die Schlange, oder finden sie es wichtig die Unentschlossenen nicht alleine zu lassen?!

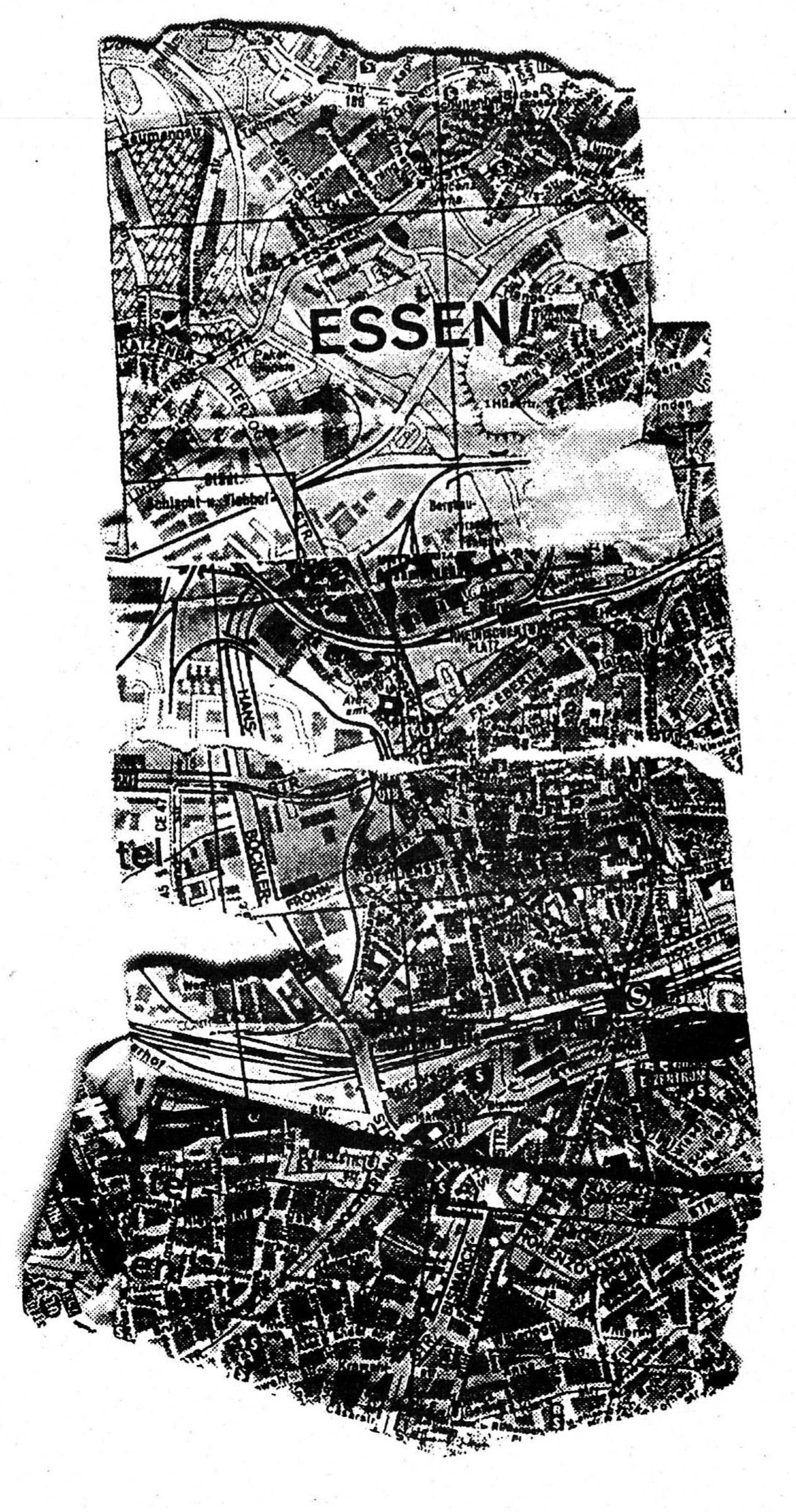
Am Burgplatz steht jetzt der Kessel und ein Haufen Leute drumherum. Ein Teil von ihnen, darunter die Samba Gruppe, wird dann auch noch eingekesselt.

Neuer Treffpunkt 14^{30} Uhr vor dem City-Center. Ca. 400 - 500 Leute beginnen mit einer Demo um den Weihnachtsmarkt. Während die Spitze der Demo recht entschlossen losläuft »wabelt« der Schluß mehr oder weniger hinterher. Die Bullen brauchen eine Weile bis sie registrieren, was los ist und ihre Kräfte zusammenziehen. Als sie beginnen, den Weihnachtsmarkt abzuriegeln, löst sich die Demo zwischen den Buden auf. Bullentrupps drängeln sich durch die Glühweinstände auf der Suche nach der Demonstration – grotesk. Lediglich an einem Kinderkarussell wird eine Gruppe von DemonstrantInnen kurzfristig eingekesselt.

15^{00} Uhr: Die Leute von der Weihnachtsmarktdemo sammeln sich erneut vor dem City-Center und beginnen eine kurze Demo durch die Ladenpassage des City-Centers um dann nach kurzem Zögern ein zweites mal um und durch den Weihnachtsmarkt zu laufen. Diese Demo endet unbehelligt wieder am Ausgangspunkt. Merkwürdigerweise geht keine einzige Scheibe zu bruch. Es passiert nichts!

16^{00} Uhr: Die Kessel am Hbf und am Burgplatz sind inzwischen weitestgehend »abgeräumt«. Die Einschätzung geht dahin daß die Bullen beginnen, mit ihren nunmehr freigewordenen Kräften das bisherige Aktionsfeld der Spontandemos (Weihnachtsmarkt/City-Center) weiträumig zu umstellen. Eine nochmalige Wiederholung der schon gelaufenen Routen erscheint sinnlos. Es fehlen Ideen und der Handlungsspielraum wird enger. Vor diesem Hintergrund und angesichts des einsetzenden Nieselregens wird jede weitere Aktivität abgebrochen und dazu aufgefordert sich aufzulösen.

Im Laufe des Vormittags kommt es im ganzen Essener Stadtgebiet zu Personen- und Fahrzeugkontrollen an Ausfallstraßen, Autobahnabfahrten, S-Bahnhöfen und anderen Verkehrsknotenpunkten. DemonstrantInnen bzw. Menschen die in den Augen der Bullen so aussehen werden festgehalten, mit einem »Stadtverbot« belegt und zurückgewiesen, daran gehindert aus S-Bahnen zu steigen oder Bahnhöfe zu verlassen. Hier beginnen auch die ersten Festnahmen die dann bis zum Abend auf **918** Festnahmen anwachsen.



INTERVIEW ZUR KAMPAGNE GEGEN SEXUELLE GEWALT UND VERGEWALTIGER IN DER LINKEN IM DEZEMBER 94 MIT EINER FEMINISTIN

seit inzwischen ca. eineinhalb jahren gibt es in mehreren städten gleichzeitig eine verstärkte kampagne gegen sexisten und vergewaltiger innerhalb der gemischtgeschlechtlichen linken. gewisse ähnlichkeiten der auseinandersetzungen in den verschiedenen städten sind nicht zu übersehen. dazu möchten wir heute ein interview mit einer der aktivistinnen machen, die diese kampagne innerhalb der frauen- und lesbenbewegung mitgetragen hat, um mehr über die dynamik des feministischen kampfes zu erfahren. wir denken, daß diese überlegungen auch für frauenlesben (bedingt auch für pro-feministisch eingestellte männer) in anderen städten von nutzen sein können.

kannst du uns zuerst kurz über die geschichte der feministischen bewegung in gießen erzählen, um den hintergrund eures kampfes, eurer stärke zu verdeutlichen?

wie auch in vielen anderen städten gibt es seit den siebziger jahren in gießen eine frauenlesbenbewegung. viele jahre hatten wir auch ein frauenlesbenzentrum, von dem viele unterschiedliche aktivitäten ausgingen. nach verschiedenen rausschmissen hatten wir in den 80er jahren ein besetztes zentrum, das nach langem kampf schließlich doch geräumt und zerstört wurde und seitdem leer steht. darin gab es über viele jahre kontinuierliche gruppen, aber es gab auch kontinuierlich seit ca.83/84 revolutionäre feministinnen, die ihre inhalte in veranstaltungen und aktionen ausdrückten, zum beispiel im internationalistischen bereich durch unterstützung und beziehungen zu revolutionären frauenkämpfen in aller welt. aber auch die einmischung in regionale probleme brachte im laufe der jahre die frauenlesbenbewegung ins öffentliche bewußtsein innerhalb der stadt. feministinnen hatten und haben meistens die einzig moralisch integre fortschrittliche position in der stadt...
der zweite für die kampagne wichtige punkt ist, daß zumindest ein teil der frauenlesbenbewegung schon vor zehn jahren die konsequenz aus dem nichtverhalten gegenüber vergewaltigern in der scene gezogen hat. der aufbau einer eigenständigen bewegung hatte oberste priorität, d.h. innerhalb der bewegung wurde vor allem auf die eigene kraft vertraut, ohne sich ewig und kräftezehrend an der gemischten bewegung abzuarbeiten.

was war denn nun der konkrete anlaß für eure konfrontation in gießen?

wie schon gesagt vertraut die feministische bewegung zuerst einmal auf die eigene kraft. d.h. aber auf dauer auch immer wieder, eine unabhängige position zu formulieren, egal ob das andere, zum beispiel linke männer (auch frauen) interessiert oder nicht. im frühjahr 93, ich glaube ende april, war eine veranstaltung mit zwei linken palästinensern zur aktuellen situation in ihrem land. sie haben dabei die feministische palästinensische organisation übel diffamiert und keinerlei verantwortung für ihre rolle als linke für das gesellschaftliche rollback gegenüber den palästinensischen frauen zur zeit des aufstands, der intifada, übernommen. außerdem bekräftigten sie die zusammenarbeit mit den fundamentalisten, was ein grund für die schlechte situation für frauen in palästina ist. dafür sind sie heftig von deutschen und arabischen feministinnen angegriffen worden... ein sogenannt linker mann hat dazu einen sehr liberalen bericht geschrieben, in dem diese konfrontation als eben nur eine intersessante diskussion dargestellt wurde. so hat er versucht, die konfrontation für eine sogenannte linke angeblich antipatriarchale debatte zu vereinnahmen, das heißt, ihr eben die schärfe, den angriff, die konfrontation abzusprechen. so richtig demokratisch, wir leben hier ja schließlich auch in einer demokratie, wo über alles diskutiert werden kann. die bundesjustizministerin bezeichnet sich im fernsehen schließlich auch als feministin!
zur gleichen zeit hatte eine frau nicht öffentlich, aber offen gemacht, daß ein guter arabischer freund dieses deutschen vergewaltigers - beides linke - versucht hatte, zu vertuschen, daß ihr von einem weiteren arabischen mann sexuelle gewalt angetan worden war. (schadet der sache bla bla bla).
unsere aufgabe als feministinnen ist es unter anderem, solche typen öffentlich zu benennen, damit andere frauen gewarnt sind. es reicht einfach nicht aus, zu sagen, jeder typ ist ein potentieller vergewaltiger. weil es ja überall weiterhin hauptsächlich heterosexuelle beziehungen gibt, sind die frauen dadrin mit konkreten männern konfrontiert und müssen gewarnt werden.
danach gab es eine 'gegendarstellung' aus feministischer sicht zu der veranstaltung. in einem halbsatz haben wir erwähnt, daß ein dort anwesender (palästina-solidarischer) deutscher mann, ein bekannter vergewaltiger ist. obwohl das bekannt ist, ist es immer wieder notwendig, das zu erwähnen. die an der veranstaltung anwesenden männer (der deutsche verfasser des veranstaltungsberichts, die anderen deutschen männer und die anwesenden palästinensichen/arabischen männer) hatten sich auf der veranstaltung lautstark damit profilieren wollen, daß sie sich mit den podiumsmännern über die tatsache der vergewaltigung von frauen in palästina streiten. aber gleichzeitig beherbergen sie selbstverständlich einen lange bekannten (palästina-solidarischen) deutschen vergewaltiger in ihren reihen.

was passierte denn nun außergewöhnliches, wenn der kerl doch schon so lange geoutet war?

die gegendarstellung war eben eine scharfe kritik mit einer klaren feministisch-internationalistischen position und der vergewaltiger bekam nur einen nebensatz. aber das war einerseits nicht genug würdigung für den armen und andererseits zu viel, ihn überhaupt als solchen namentlich zu benennen. in dieser zeit feierte ein held der palästinensischen revolution SEINE hochzeit . dazu lud er genau diesen weißen deutschen vergewaltiger ein - den anderen (vorhin schon mal erwähnten) arabischen sexisten lud er explizit nicht ein. von dem war nämlich mittlerweile bekannt, daß er auch eine arabische frau sexistisch behandelt hatte. mehrere auch eingeladene feministinnen protestierten, verlangten die ausladung, die nicht erfolgte. sie nahmen selbstverständlich nicht an der gemeinsamen feier teil. einzelne fortschrittliche männer blieben ebenfalls fern. für viele frauen und männer war diese auseinandersetzung auch eine sehr persönliche auseinandersetzung, da sie ein unklares verhältnis gegenüber dem patriarchat und eben konkreten praktikern der patriarchalen massenbewegung haben. es belästigt sie, wenn feministinnen, heteras und lesben gemeinsam!, den sozialen kontakt und die unterstützung von patriarchalen gewalttätern sowohl innerhalb der gesellschaft als auch der linken kritisieren. aber wie können wir denn eine befreite gesellschaft ohne unterdrückung und ausbeutung erkämpfen, wenn wir nicht einmal den schutz der frauen in den sogenannt eigenen reihen herstellen und gewährleisten können?
wenn wir als radikale feministinnen nicht immer wieder alle gesellschaftlichen strukturen grundsätzlich infrage stellen, werden auch die strukturen des linken patriarchats nicht angetastet. wenn wir nicht wieder eine starke revolutionäre feministische bewegung aufbauen, werden auch die frauen individuell im geschlechterkrieg keine starke position gegenüber den kerlen einnehmen können, erreichte positionen werden wieder zurückgedrängt... aber gerade revolutionäre positionen werden in diesem land auch von fortschrittlichen frauen und männern besonders angegriffen. sie erkennen nicht, daß es



ohne radikale positionen keine ziele und möglichkeiten auf veränderungen - eben auch im individuellen bereich - mehr geben wird.

warum war bei euch in gießen nach einem allgemeinen aufschrei nicht alles vorbei? wie ist es euch gelungen, diesen konkreten konflikt zu einer politischen mobilisierung auszuweiten?

in dieser zeit wurde ein vergewaltiger aus der scene (früher saarbrücken und dann hamburg) gerade bundesweit bekannt gemacht. das thema ist also sowieso immer aktuell und präsent - wenn frauen die täter öffentlich benennen und etwas gegen sie unternehmen. typen machen das ja nicht. aber elend gibt es auf der welt viel und überall, deshalb beginnen die frauen und männer nicht unbedingt zu kämpfen. entscheidend ist, daß wir eine vorstellung entwickeln und vorschlagen können, **wie**, mit welcher taktik und strategie die verhältnisse zu verändern sind. da gibt es schon seit vielen jahren eine gute parole: global denken - lokal handeln.
konkret in gießen haben sich vor allem die männer sehr von der klaren feministischen position bedroht gefühlt und öffentlich schriftlich die verteidigung des patriarchats und ihres eigenen verhaltens propagiert. sie haben sich persönlich durch die scharfe kritk auf ihre schwänze und privilegien getreten gefühlt. der benannte vergewaltiger hat öffentlich den zeitungsleuten gewalt angedroht. überall haben frauen und männer über diese vorfälle geredet, einfach diskutieren müssen.
der unterschied zu anderen städten ist allerdings, daß es hier eine relativ starke und kontinuierliche frauenlesbenbewegung gibt und wir uns vieles nicht mehr so bieten lassen müssen. der infoladen war gezwungen, dem vergewaltiger hausverbot zu erteilen. viele frauen und männer haben (gezwungenermaßen) ihre soziale unterstützung von vergewaltigern in frage stellen müssen bzw. überhaupt ersteinmal wieder verteidigen müssen. in vielen privaten linken beziehungen hat es gekracht, frauen haben auftrieb bekommen. das ist eine sehr bemerkenswerte und positive tendenz, da wir schon seit längerem immer reaktionärere entwicklungen im privatleben der heterosexuellen und immer schwächer werdenden linken scene beobachten konnten, die bekanntlich auf kosten der frauen gehen. wie schon gesagt denken wir, daß nur eine kollektive starke frauenlesbenbewegung im "hintergrund" die bedingungen für frauen in der auseinandersetzung im geschlechterkrieg zum beispiel innerhalb einer sogenannten privaten beziehung verbessern kann. ein entscheidendes problem ist doch die allgemeine hoffnungslosigkeit. wenn frauen keinerlei hoffnung auf eine veränderung der verhältnisse haben, fällt ihnen das kämpfen viel schwerer und oft wehren sie sich gar nicht mehr. also versuchen wir mit unseren aktionen aufzuzeigen, daß die rebellion sich lohnt, daß es möglich ist, gegen vergewaltiger und all diese täterschützer, gegen die ganze gesellschaft aufzustehen. wir zeigen, daß solidarität und gemeinschaftliches verhalten, vertrauen untereinander möglich ist. und sich auch lohnt. wir können nicht alles auf einmal verändern, aber wir können reale schritte machen.

dieser krach durch die scene war auch in der 'unzensiert', der linken gießener stadtzeitung zu verfolgen. was war die genaue ursache für diese eskalation?

nachdem die männer nur reaktionäres zeug öffentlich von sich gegeben haben, sind wir nochmals politisch offensiv geworden, um den konflikt weiter zu eskalieren, damit es auch zu politischen konsequenzen und nicht nur geschwätz kommt. wir haben wiederum sehr direkt und kritisch radikal kritisiert und angegriffen, wie die gießener scene sich windet. alles andere hätte nur zu einer allgemeinen laberei geführt. dementsprechen haben frauen in der gemischten linken in ihren gruppen eine wesentlich stärkere position bekommen. zum beispiel innerhalb der zeitung erklären die frauen zukünftig ihre entscheidungen für autonom, es gibt kein redaktionskollektiv mehr. es ist richtig, wenn feministinnen sich überalll einmischen!
gleichzeitig haben lesben die inzwischen berühmten interviews "was männer aus der linken alle wissen, praktizieren und immer verheimlichen wollen" in zwei teilen veröffentlicht. außerdem wurde eine feministin in einer linken kneipe bedroht und beleidigt, weil sie selbstverständlich partei gegen die vergewaltigerschützer ergriffen hat. spontan gründete sich daraufhin eine unabhängige untersuchungskomission, die die weiteren vorfälle (die fristlose kündigung) life beobachtete und ihre beobachtungen ebenfalls veröffentlichte. an diesen doch recht verschiedenen aktivitäten kannst du eine breite solidarisierung erkennen.
innerhalb der frauenlesbenbewegung, der frauen aus der linken gab es gespräche über erfahrungen mit anderen gießener männern, sexisten und vergewaltigern, die in der o.g. form nicht veröffentlicht wurden, aber als drohung über etlichen typen schwebt. solche aktionen machen es für die typen schwerer, weil es mehr kontrolle durch frauen gibt und das ist ein riesiger erfolg gegen das große schweigen in dieser gesellschaft.

warum gab es bei euch so eine starke und breite reaktion? in anderen städten läuft das zum teil doch recht anders ab?

wir sind ja auch gleich als erstes mit dem rassisvorwurf angegriffen worden, weil wir angeblich die palästinensischen männer als palästinenser beleidigt hätten. wir haben auf alle vorwürfe immer sehr genau und politisch offensiv geantwortet. als internationalistinnen haben wir eine klare antiimperialistische position. der rassismusvorwurf trifft uns nicht so leicht wie andere politische gruppen oder individuen mit einer unklaren inhaltlichen position gegenüber kolonialismus und (deutschem) imperialismus. uns hat das nicht handlungsunfähig gemacht, weil wir uns nicht in dem "schuld- und sühnekreislauf" des schlechten gewissens der bundesdeutschen linken und frauenlesbenbewegung aufhalten.
das alles zusammen war zum beispiel für die angeblich antipatriarchalen zeitungsmänner offensichtlich zuviel. sie knallten den zeitungsfrauen "biologistisch" und "sexistisch" um die ohren (manchmal bekommen wir auch noch faschistisch und anderen blödsinn zu hören). wir haben erreicht, daß sie recht pro-patriarchalen quatsch sehr offen ausgepacken mußten, da ihnen die argumente ausgegangen waren. es war ja eben kein intelektuelles uniblabla, sondern ein klarer angriff auf vergewaltiger.
wir sind nicht dabei stehen geblieben, einen einzigen herauszugreifen, damit sich die anderen männer von dem distanzieren können. wir haben sowohl einzelne konkret benannt, sehr direkt patriarchales verhalten und strukturen benannt und angegriffen. wir sind nicht mehr salonfähig oder fair (als wären wir gleiche und gleichen) geblieben, wir haben tabus aufgebrochen und 'gnadenlos' entlarvt und dadurch terrain gewonnen. das schweigen hier in der brd ist doch etwas besonderes, es ist nicht nur das schweigen innerhalb der "privatsphäre" gegenüber sexueller gewalt, es ist auch das schweigen der generation, die die nazizeit miterlebt hat gegenüber den nachfolgenden generationen. mit diesem schweigen sind wir erzogen worden und sollen heute zu allen möglichen verbrechen auch weiter schweigen.

was für allgemeine vorstellungen stecken hinter eurer initiative?

ein aspekt des allgemeinen desasters in der brd-linken und frauenlesbenbewegung ist der verlust von kriterien und die allgemeine individualisierung. dazu hat es von hier aus auch analysen gegeben, wie zum beispiel die 'feministische kritik' an der politik der raf und der

radikalen linken. wir versuchen, uns nicht nur mit dem rücken zur wand zu verteidigen, sondern wieder perspektivisch eine größere stärkere feministische bewegung aufzubauen. wir stellen kriterien auch für den alltäglichen umgang auf und versuchen davon ausgehend die reorganisation und politisierung der frauenlesbenbewegung, das aufbrechen der völligen individualisierung, damit frauenlesben irgendwann mal wieder von wir reden und sich wieder für die wiedererlangung einer kollektiven würde von frauen weltweit einsetzen. das werden frauen aber nicht machen, wenn sie sich nicht einmal selber wert genug sind, um sich gegen die gegen sie selbst ausgeübte sexistische gewalt zu verteidigen. so werden gerade weiße frauen sich auch nicht solidarisch mit ihren schwestern aus und im trikont verhalten. ohne eine gemeinsame strategie werden wir uns aber nicht gegen das imperialistische patriarchat durchsetzen können. im gegensatz zu reformistischen feministinnen beharren wir auf einer befreiungsperspektive für alle frauen und lesben weltweit, d.h. gegen imperialismus, gegen den deutschen imperialismus.

nochmal zurück zu der konkreten situation in gießen, was ist denn nach der veröffentlichung der interviews später noch passiert?

in dieser zeit haben sich unterschiedliche feministinnen zu wort gemeldet und ziemlich herzerfrischende artikel, stellungnahmen, briefe veröffentlicht. aber zwei männer haben sich auch als täterschützer geoutet. bisher hat es noch keine direkte bestrafung gegeben, aber es ist doch gut, wenn die verhältnisse aus der tabuzone rausgeholt werden können. sexuelle gewalt funktioniert in der patriarchalen gesellschaft vor allem wegen dieser aufteilung in ein sogenanntes privates und öffentliches leben. das müssen wir überall druchbrechen und gleichzeitig bessere strukturen unter frauen schaffen, damit sie - wir - uns kollektiv wehren.
in gießen gehen die auseinandersetzungen auf der sozialen ebene weiter, zum beispiel ist es jetzt in der scene nicht mehr so einfach, vergewaltiger auf feste einzuladen, viel mehr frauenlesben wagen es jetzt, gegen die unterstützung von sexisten aufzustehen. viele frauenlesben haben sich auch ganz persönlich entwickeln und stärken können. langfristig hat das nur positive auswirkungen auf die feministische bewegung hier. in der stadtzeitung 'unzensiert' werden viele artikel mit profeministischem inhalt unzensiert veröffentlicht. dafür wird die zeitung auch gehaßt und es wird versucht, den verkauf zu erschweren. schließlich gibt es viele und mutige reaktionen gegen sexisten sowohl noch im zusammenhang mit der verteidigung bekannter vergewaltiger als auch bei neuen sexistischen angriffen in anderen sozialen und politischen zusammenhängen in der stadt. auch die später gemachten interviews von hamburger feministinnen zu ihren erfahrungen mit linken männern sind hier veröffentlicht worden und wirken auf das sogenannte privatleben weiter. ein anderer punkt ist, daß feministische positionen auch zu anderen themen wie vergewaltigung immer wieder diskussion auslösen und orientierung sind. es ist ein langer mühsamer weg, aber wir bewegen uns und wagen weiterhin, revolutionäre utopien zu entwickeln, auch wenn das in der linken und in weiten teilen der frauenlesbenscene als schnee von gestern angesehen wird.

was habt ihr die nächste zeit vor?

naja, erstens verraten wir nicht alles vorher, aber tabus brechen, die realität soe benennen, wie sie ist und eskalation haben sich als sehr wirkungsvoll herausgestellt. als feministinnen werden wir uns weiterhin und verstärkt in **alles** einmischen. wir sind nicht berechenbar und werden nicht aufgeben, bis alle arten von ausbeutung und unterdrückung abgeschafft sind. so lange gibt es das patriarchat schließlich noch nicht... sicherlich ein guter diskussionsansatz ist das papier von berliner frauenlesben, indem sie ebenfalls namentlich sexisten, vergewaltiger benannt und auch einen kriterienkatalog mit ganz konkreten forderungen aufgestellt haben. es wäre gut, daran weiterzudiskutieren und zu arbeiten. das müssen wir aber erst noch materiell durchsetzen.

SCHÜRT DEN FRAUENLESBENZORN !

Baobab-Infoladen Eine Welt e. V. - Winsstraße 53 - 10405 Berlin - Tel. 030 / 442 61 74

An die Berlin-Redaktionen der Tagespresse

Berlin, 15.01. 1995

PRESSEERKLÄRUNG

Brandstiftung im Eine-Welt-Laden

In der Nacht vom 14. zum 15. Januar wurde in dem Eine-Welt-Laden (Träger: Baobab-Infoladen) in der Wichertstraße 51 (Berlin-Prenzlauer Berg) Feuer gelegt.
Der gesamte Warenbestand ist durch Brand- und Löschfolgen zerstört oder unverkäuflich. Der Laden muß bis auf weiteres geschlossen bleiben.
Über Täter und Motiv ist bisher nichts bekannt, Kriminalpolizei und Staatsschutz ermitteln.
Die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen müssen in den nächsten Tagen planen und entscheiden, wann und wie der Laden weitergeführt werden kann.
Die Baobab-Ladengruppe will das Projekt weiterführen, und ruft deshalb zur Unterstützung auf.

Spenden auf Kontonummer 4153810903, BLZ 10050000, Berliner Sparkasse, mit dem Vermerk "Feuer und Flamme"
Kontakt: Baobab-Infoladen, Winsstraße 53, 10405 Berlin, Tel. 442 61 74

Presse-Rückfragen bitte unter derselben Nummer, nach einem Mitglied der Ladengruppe fragen.

KAMPAGNE ZUR UNTERSTÜTZUNG VON POLITISCHEN PALÄSTINENSISCHEN GEFANGENEN IN ISRAEL/PALÄSTINA

Obwohl es Anzeichen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und der PLO gibt, besteht die israelische Besatzung in den 1967 besetzten Gebieten unbestritten.
Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens/Osloer Grundsatzerklärung am 13.September 1993 wurden mehr als 200 PalästinenserInnen von israelischen Militärs erschossen, in der Westbank ist der Alltag geprägt von israelischer Landnahme und die ökonomische Situation der PalästinenserInnen verschlechtert sich drastisch.
Nirgendwo ist die Besatzung offensichtlicher wie in den Knästen.
Nur mehr die Hälfte aller ehemals 14000 politischen palästinensischen Gefangenen ist freigelassen worden bisher und zwar zu israelischen Bedingungen.Die, die eingekerkert blieben, sind nach wie vor zahlreichen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt,wie Folter,Isolation, unzureichend Nahrung und Wasser, mangelnde oder fehlende medizinische Versorgung usw.
Täglich kommt es zu Verhaftungen von PalästinenserInnen aus der Oppositionsbewegung gegen das Rabin-Arafatabkommen vom September 1993.
Nachdem die Frage der Gefangenen im Osloabkommen gänzlich ausgeschlossen geblieben war,wurde die "Gefangenenfrage" immer wieder von israelischen Unterhändlern in den Friedensverhandlungen benutzt, um die palästinensische Nationalbehörde(PNA) erpressbar zu halten und Konzessionen zu erzwingen.
Die Handhabung der Gefangenenfrage läßt in der palästinensischen Gesellschaft Wut und Enttäuschung wachsen.
Während der letzten Monate gab es in den besetzten Gebieten zahlreiche Demonstrationen und Aktionen zur Unterstützung der Gefangenen, die selbst immer wieder durch Hungerstreiks für ihre bedingungslose Freilassung kämpften.
Darüberhinaus gibt es scharfe Kritik an der PLO-Führung unter Yassir Arafat und an der israelischen Regierung.
In der palästinensischen Gesellschaft hat die Frage der Gefangenen eine zentrale Bedeutung, gibt es doch kaum eine Familie, die keine/n Gefangene/n zu beklagen hat.
Seit September 93 wurden ca. 5000 Gefangene entlassen, schrittweise und von seiten der israelischen Regierung oft als "Gute Willensgesten" propagiert.
Nach dem Massaker durch Baruch Goldstein in Hebron im Februar 1994 waren 900 Gefangene freigelassen worden,nach Abschluß des Kairoabkommens im Mai wurden folgend im Juni nochmal ca. 3200 Gefangene freigelassen.
Die Mehrheit der bis jetzt freigelassenen Gefangenen erfüllte die israelischen Kriterien:sie waren AnhängerInnen des Friedensabkommens, hatten ihre Haftstrafe sowieso fast abgesessen und hatten keine Israelis verletztund/oder getötet.
Von den Verhandlungen ausgeschlossen waren von Anfang an Gefangene aus den 48er Gebieten und Gefangene aus Jerusalem,sowie ausländische Gefangene aus den angrenzenden arabischen Ländern wie Libanon, Syrien, Jordanien.
Ungefähr 3000 PalästinenserInnen wurden seit dem Osloabkommen verhaftet.
Die Verhaftungswelle gegen führende Gewerkschaftsmitglieder und Mitglieder der DFLP/PFLP im Sommer1994, sowie zunehmende Verhaftungen von Hamasmitgliedern und sogenannten islamistischen Fundamentalisten zeigt, daß es verstärkt darum geht, GegnerInnen des Friedensabkommen zu kriminalisieren und festzusetzen.

PALÄSTINA

Einige Stimmen in Israel sprechen sogar davon, daß die PNA selbst das Dokument entwickelt haben soll..
Nach den Protesten und erneuten Verhandlungen wurde das Dokument geringfügig verändert und liest sich heute folgendermaßen:"Ich bin mir bewußt, daß meine Freilassung im Zusammenhang mit dem Kairoabkommen steht. Ich verpflichte mich, mich von allen Terrorakten fernzuhalten und das Gesetz zu achten."
Viele Gefangenen weigern sich nach wie vor, das Dokument zu unterschreiben, weil sie sich nicht spalten lassen wollen.
Gefangene aus Ansar III hatten im Sommer berichtet, daß die Knastbedingungen nach Herausgabe des Dokumentes, sich verschärft hätten, um die Gefangenen zu zwingen, doch zu unterschreiben.

Der breite Widerstand der Gefangenen selbst und zahlreiche UnterstützerInnenaktionen in den besetzten Gebieten und Israel haben dazu geführt, daß es einige wenige positive Schritte gab.
Das Thema war aktuell in der palästinensischen nationalen Bewegung und in den Verhandlungen zwischen Israel und der PLO.
Die PLO-Führung mußte einsehen,welche Wichtigkeit die Frage der politischen Gefangenen in der palästinensichen Gesellschaft hat und daß ihr Engagement für die Freilassung der Gefangenen Gradmesser für ihre Glaubwürdigkeit sein würde.
Auch die israelischen Behörden zeigten Anzeichen von Kompromißbereitschaft. Sie zogen offiziell ihre Entscheidung zurück, keine IslamistInne aus dem Knast zu entlassen, das Dokument wurde geringfügig verändert, und sie reflektierten die Frage der 48er Gefangenen.

Wie auch immer, der Kampf der palästinensischen politischen Gefangenen ist noch lange nicht zu Ende.
Die israelischen Kriterien dezimieren die Rate der Freilassungen.
Gefangene erleiden in den Knästen noch immer täglich Folter und andere Menschenrechtsverletzungen.Es gab keinen Fortschritt in der Frage der GEfangenen die Israelis umgebracht haben[x], der ausländischen Gefangenen unf Gefangenen aus Jerusalem.
Mehr als 4500 Frauen ,Männer,Minderjährige und Kranke sind noch immer inhaftiert und täglich finden neue Verhaftungen statt.
Bis nicht alle politischen Gefangenen bedingungslos freigelassen worden sind, geht ihr Kampf auch weiter.
Die Aufgabe der progressiven Kräfte in Israel und international ist es, eine aktive Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen zuentwickeln, für das Ende der Besatzung, das mit der Freilassung der politischen Gefangenen einen Anfang findet.

Das Kommitee für demokratische Aktionen (CDA) versucht momentan von Israel aus eine Kampagne für die Unterstützung der politischen Gefangenen zu initiieren.
Was es braucht ist internationale Unterstützung.
Das Kommitee für demokratische Aktionen ist eine in Israel arbeitende Organisation, die sich aus unterschiedlichen linken Gruppierungen zusammensetzt.Das Kommitee arbeitet für eine umfassende Lösung des israelisch-palästinensichen Konfliktes auf der Grundlage der **Errichtung eines palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten.**
Das Kommitee ruft international dazu auf, die politischen Gefangenen moralisch und finanziell zu unterstützen.

x sollten

Die zunehmenden Verhaftungen von PalästinenserInnen durch die palästinensische Polzei und das Massaker an palästinensischen DemonstrantInnen am 18. November in Gazacity zeigen, daß die PNA unter Führung Arafats nicht mehr davor zurückschreckt , politische GegnerInnen zu verhaften und bewahrheitet Rabins zynische Prognose während der Friedensverhandlungen, 'daß am Ende Arafats Leute die Arbeit des israelischen Militärs übernahmen werden.'

UnterstützerInnen des Abkommens wurden freigelassen und quasi ausgetauscht mit Mitgliedern aus der Opposition. So wurden im April beispielsweise innnerhalb einer Woche 900 Fatahmiglieder entlassen und 1300 HamasaktivistInnen verhaftet.
Nach offiziellen Angaben gibt es im Moment noch 4500 politische Gefangene in den Knästen Israels, Menschenrechtsorganisationen sprechen von einer Zahl bis zu 9000.Sie sind auf 20 Knäste in Israel verteilt.

Im Kairoabkommen vom Mai 1994 bezieht sich Artikel 20 allein auf die Frage der Gefangenen.Zitat"Indem Israel das Abkommen unterzeichnet,wird es in den kommenden 5 Wochen 5000 Gefangene freilassen oder der PNA übergeben.Die Freigelassenen dürfen in ihre Heimat in der Westbank und den Gazastreifen zurückkehren.
Gefangene, die der PNA übergeben werden, sind gezwungen bis zum Ende ihrer Haftzeit in dem Autonomiegebiet Jericho zu bleiben."

Nachdem die PNA sich einverstanden erklärt hatte, daß Gefangene,die entweder Israelis und/oder palästinensische KollaborateurInnen umgebracht haben sollen, ihre Reststrefe in Jericho abzusitzen haben, verlegte die israelische Regierung auch andere Gefangene dorthin.
In dem in Jericho errichteten Lagerwaren bis Mitte Dezember bis zu 500 politische Gefangene",im Dezember wurden 120 von ihnen nach Hause freigelassen.
Faisal Husseini und der palästinensische Kopf der Verhandlungen mit Israel, Nabil Sha'ath, erklärten zu Anfang, daß die PNA keine Verantwortung für diese GEfangenen in Jericho übernehmen werde, bis sie ein Schriftstück unterzeichnen würden, in dem sie einwilligten,ihre restliche Haftzeit in Jericho zu verbringen.
Die israelischen Behörden informierten daraufhin die PNA, daß alle Gefangenen in den Knästen inhaftiert blieben, falls die PNA sich weigere, die Verantwortung für den "Gewahrsam" der Gefangenen zu übernehmen. Zuletzt akzeptierte die PNA.

Seit Mai hängt die Freilassung der Gefangenen von einem Dokument ab, dessen ursprünglicher Wortlaut war:" Ich, die/der Unterzeichnende, schwöre, mich von jedem Akt der Gewalt und des Terrors fernzuhalten. Ich bin mir darüber im Klaren, daß die Unterzeichnung dieses Dokumentes die Bedingung für meine Freilassung ist.Ich bin mir darüberhinaus im Klaren, daß meine Freilassung in Zusammenhang steht mit den Friedensverhandlungen zwischen der PLO und Israel, die ich unter stütze."
Dises Dokument in seiner ursprünglichen Fassung ist eine Verletzung der "Freiheit der politischen Meinung der/des Gefangenen", stellt eine Verletzung der Menschenrechtscharta nach der 4. Genfer Konvention dar, sowie der Universellen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 2 und 19.
Es gab viele und massive Proteste gegen dieses Dokument, auch gegen die PLO-Führung, die das Dokument akzeptiert hatte.

Die katastrophale ökonomische Situation in der Westbank und vor allem im Gazastreifen, nicht zuletzt verursacht durch langandauernde Ausgangssperren und Schließung der Grenzen zu Israel, macht es den Familien der Gefangenen zunehmend schwerer, ihre Angehörigen im Knast weiterhin zu unterstützen.
Die Zahlungen der PLO an die Familien von politisch Gefangenen sind seit ca. einem Jahr eingestellt worden.
Der monatliche Durchschnittsgebrauch einer/s Gefangenen beträgt ungefähr 100NIS, das sind ca. 50 DM.
So entstand die Idee, die Gefangenen über einen Mindestzeitraum von einem Jahr kontinuierlich und verbindlich zu unterstützen, als Einzelperson oder als Gruppe, mit einem Mindestbetrag von 50DM.

Also, füllt das Formular aus und schickt es an die angegebene Adresse in Israel/Palästina.
Das Kommitee leitet das Geld umgehend an die Familien der Gefangenen weiter und Ihr erhält eine Bestätigung für Euren Scheck.

Individually or as a group you can help adopt a prisoner.

HOW?

If **you** will fill in this form:

I would like to adopt--------- prisoner(s) for the year 1995.
I will send my check of--------(currency) every month to:
Hanitzotz Publishing House
Address: **POB 1575, Jerusalem, Israel**

We will send you the name of the prisoner you have adopted and a regular receipt with a receipt of the prison check which we will fill out.

Lets make this modest effort together!

AUTONOME FRAUEN/LESBENKNASTGRUPPE, BREME

Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisierung-Internationalismus-soziale Emanzipation



basis

Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken
Tel : 06 81 / 39 99 90
Fax : 06 81 / 3 41 45
Montags und Mittwochs
17 00 - 19 00 Uhr

Zum Verfahren wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" gegen unsere Genossin Ursel Quack

Zur Erinnerung:

Am 8. November 1994 wurde Ursel verhaftet. Der Haftbefehl lautete auf "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, § 129a". Konstruiert wird er vor allem über folgende Punkte:

- Im Rucksack von Birgit Hogefeld soll nach ihrer Verhaftung in Bad Kleinen ein Brief gefunden worden sein, der aufgrund angeblicher autobiographischer Übereinstimmungen Ursel zugeordnet wird.
- Sie soll in politischen Initiativen in Saarbrücken das angebliche RAF-Konzept einer "Gegenmacht von Unten" umsetzen, und damit die RAF in ihrem Bestand fördern.
- In Briefen an Manuela Happe und Rolf Heißler (beide Gefangene aus der RAF) sei ihre ideologische Nähe zur RAF dokumentiert.
- Sie soll an angeblich konspirativ stattgefundenen Treffen eines "harten Kerns der Linken, der der RAF gegenüber positiv eingestellt ist" teilgenommen haben.

Am 21. November wurde der Haftbefehl auf Antrag der Bundesanwaltschaft "außer Vollzug gesetzt". Die offizielle Begründung ist, daß aufgrund sichergestellter Unterlagen davon auszugehen sei, daß seit der Verhaftung von Birgit Hogefeld kein Kontakt mehr zur "RAF-Kommandoebene" bestehe, und dadurch die Fluchtgefahr gemindert sei. Der Haftbefehl bleibt weiterhin bestehen, was unter anderem bedeutet, daß sich Ursel jeden Montag beim Landeskriminalamt in Saarbrücken persönlich zu melden hat. Das Ermittlungsverfahren läuft weiter, der Verdacht der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" sei - so die Bundesanwaltschaft - durch die bei den Hausdurchsuchungen sichergestellten Unterlagen bestätigt worden.

So groß die Verhaftungs- und Durchsuchungsaktion auch angelegt war - insgesamt 70 Beamte aus Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt, Philipps von der Bundesanwaltschaft, u.a. waren beteiligt - so klein wurde sie anfangs gegenüber der Öffentlichkeit gehalten. Die erste offizielle Pressemitteilung gab es von Seiten der Bundesanwaltschaft zwei Tage nach der Verhaftung als Reaktion darauf, daß diese durch Presseerklärungen und Flugblätter unsererseits vom ersten Tag an öffentlich gemacht wurde. Ein Widerspruch zur sonst stattfindenden staatlichen Propaganda?
Sicher nicht. Die Verhaftung vom 8.11.1994 ist nur eine der Maßnahmen, die im Zusammenhang mit den Aussagen des Verfassungsschutz-Agenten Steinmetz bisher ergriffen wurden.

Im Überblick:

- Ende November 1993 wurden mehrere Hausdurchsuchungen im Rhein-Main-Gebiet durchgeführt, um angebliches Beweismaterial zu sichern. **Der Vorwand war ein Verfahren wegen "Mitgliedschaft** in einer terroristischen Vereinigung" gegen Steinmetz.

- Seit Spätsommer 1993 lief ein Ermittlungsverfahren wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" gegen Stefan Frey, ein ehemaliges Mitglied der RAF (das Verfahren wurde Anfang Dezember 1994 eingestellt).

- Ein Ermittlungsverfahren gegen "Unbekannt" wegen der Aktion der RAF auf Weiterstadt war die Begründung für mehrere Hausdurchsuchungen im November 1994 in Frankfurt, sowie für "Zeugen"-Vorladungen am gleichen Tag zur Bundesanwaltschaft, die dafür extra nach Frankfurt gekommen war.

- Ein § 129a Ermittlungsverfahren gegen Gila Pohl, die in der inzwischen aufgelösten "Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen" in Frankfurt arbeitete. Im Zusammenhang mit diesem Ermittlungsverfahren, das ausschließlich auf "Aussagen" von Steinmetz basiert, drei "Zeugen"-Vorladungen vor die Bundesanwaltschaft. Die Betroffenen verweigerten jeweils die Aussagen - was wir für die einzig richtige Antwort halten. Zwei von ihnen wurden aufgrund der Aussageverweigerung in mehrmonatige " Beugehaft" genommen.

- Und nicht zuletzt die 300 Seiten aktenkundiger Steinmetz-"Aussagen", die im Verfahren gegen Birgit Hogefeld als Belastungsmaterial auftauchen.

Die Verhaftung von Ursel sieht vor diesem Hintergrund so aus, als hätten die Behörden das Ermittlungsverfahren dazu genutzt, sie für ein paar Wochen festzusetzen. Auch der Verlauf zeigt dies. So, daß die Behörden erst nach zwei Tagen mit einer Erklärung an die Presse gingen, die absurde Begründung zur Außer-Vollzug-Setzung des Haftbefehls, das Datum des Haftbefehls 12.10. - die Verhaftung am 8.11. Spätestens seit Frühjahr 1994, nachdem vom Bundeskriminalamt ein 18-seitiges Papier "Betreff Ermittlungsverfahren gegen Birgit Hogefeld" an die Presse lanciert wurde, in dem Ursel namentlich erwähnt ist, sind wir davon ausgegangen, daß die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen sie betreibt. Sie hat dazu im Juni 94 eine Erklärung an linke Zeitungen verschickt (Siehe Angehörigen-Info Nr. 148 / 30.6.94).
Die Verhaftung scheint wie inszeniert, um einen weiteren Nadelstich zu versetzen, zu verunsichern, gleichzeitig auch um abzuchecken, wer verhält sich wie, wie reagieren die politischen Initiativen und Zusammenhänge, lassen sich Leute abschrecken, folgen Distanzierungen etc.?

Was den Zeitpunkt der Verhaftung und der offiziellen Einleitung der Ermittlungen angeht, sehen wir einen Zusammenhang zu unserer politischen Arbeit als Gruppe "basis", mit der wir uns bewußt zum Ziel gesetzt haben, eine umfassendere und längerfristige Bestimmung emanzipatorischer Politik mitzuentwickeln.

Anfang August veröffentlichten wir "Like a rolling Stone... Zur Krise der revolutionären Linken, Eine Aufarbeitung zu Steinmetz". Diese Broschüre soll mit dazu beitragen, einerseits das bis heute vorherrschende Schweigen weiter Kreise der radikalen und revolutionären Linken zu dem VS-Agenten zu brechen, andererseits aus Erfahrungen, Fehlern und Niederlagen der Linken zu lernen, orientiert an Prozeß und Aufbau von linker grundlegender Opposition und revolutionärem Kampf heute. Wir denken, daß dies eine Bedingung dafür ist, sich mit andern über die Ausgangsbedingungen klar zu werden, aus denen heraus heute emanzipatorische Politik bestimmt und durchgesetzt werden kann.
Am 17.10.1994 haben wir eine Veranstaltung organisiert, die eine Diskussion um die Durchsetzbarkeit gesellschaftlichen Widerstands gegen die staatliche Kriminalisierung einleiten sollte.

Ein weiterer Grund für den Zeitpunkt der Verhaftung ist sicher auch der Prozeßbeginn gegen Birgit Hogefeld und die Absicht der Ermittlungsbehörden, juristische Verknüpfungen zwischen beiden Verfahren herzustellen über das Konstrukt eines gemeinsamen Konzeptes "Gegenmacht von Unten".

Die Staatsschutzbehörden können sich diese "Nadelstichpolitik" bzw. diese Form des Austestens leisten. Vor dem Hintergrund, daß es bisher nur sehr vereinzelt die notwendige kollektive Aufarbeitung linker und revolutionärer Politik gibt, in der die Existenz eines VS-Agenten über zehn Jahre möglich war, setzen die Staatsschutzbehörden auf Zeit. Bisher bleibt es ihren Entscheidungen und Erwägungen überlassen, wann sie gegen wen Steinmetz-Aussagen einsetzen. Dabei nutzen sie weiterhin bewußt den Zersetzungsprozeß der radikalen Linken aus. Die Taktik ist klar: Status quo - alles bleibt beim "Alten", oder es wird abgeräumt. Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz werden alles daran setzen, diesen Ist-Zustand zu verlängern.

"Gegenmacht von Unten" - Eine kriminalistische Erfindung der Ermittlungsbehörden?

Wir wollen die Solidarität mit Ursel anläßlich ihrer Verhaftung nicht als gering bewerten. Sie war unmittelbar stark, aufrichtig, und hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß der politisch und juristisch sehr gewagte Haftbefehl zwei Tage vor dem zweiten Haftprüfungstermin außer Vollzug gesetzt wurde.

Der Haftbefehl dreht sich hauptsächlich um das angebliche RAF-Konzept "Gegenmacht von Unten". So wenig dieser Begriff bisher definiert und gefüllt ist, so wenig gibt es ein gemeinsames Konzept

von Gruppen und Organisationen der radikalen und revolutionären Linken. Für uns geht es darum, mit zur Überwindung dieser Situation beizutragen, um gesellschaftspolitisch eine handlungsfähige Kraft zu entwickeln. Die Wege, Formen und Mittel können nur in einem umfassenden praktischen Prozeß konkretisiert, und nicht auf dem Reißbrett entworfen werden.
Selbstverständlich geht es in diesem Prozeß um den Aufbau einer Gegenmacht, die in der Lage ist, emanzipatorische Ziele gegen das imperialistische System zu verankern und durchzusetzen.

Das wird in der politischen Argumentation des Haftbefehles durchaus erfaßt, wenn es heißt: *"Durch das Aufgreifen von lokalen und allgemein gehaltenen Themen soll die Druckschrift* (Stoffwechsel) *eine breitere Bevölkerungsschicht ansprechen..."*, oder *"...dienen die von der Beschuldigten durchgeführten und maßgeblich mitorganisierten (...) Aktivitäten dem Zweck, eine Mobilisierung und Organisierung von linksextremistischen Kräften zu erreichen"*.
Die ganzen Aufzählungen der politischen Projekte und die Erwähnung einer *"Vielzahl von anderen Projekten, wie z.B. Hausbesetzungen, Bürgerinitiativen, Friedensbewegung u.a."*, was eine Auflistung der Aktivitäten aus mehr als zehn Jahren darstellt, sollen kontinuierlichen linksradikalen Widerstand kriminalisieren.
Die Verdrehungen und Interpretationen der politischen Projekte, sie dienten *"dazu, die ideologische Position und die Zuverlässigkeit der einzelnen Personen sowie deren Bereitschaft sich im Sinn der 'RAF' zu engagieren, überprüfen zu können"* ... *"eine kontinuierliche Einbindung der neu gewonnenen Personen zu gewährleisten"*, sind zu ihrer Kriminalisierung und politischen Denunziation notwendig. Sie sind aber auch Projektionen eines Staatsapparates, der nur mit Erpressung, Repression, Manipulation und Korruption funktioniert, und der sehr wohl weiß, daß emanzipatorische Bestrebungen und Organisierungen im Kern antagonistisch zu seinen Herrschaftsinteressen stehen.

Für die Neukonstituierung linker Politik ist es existentiell notwendig, aus der Unorganisiertheit, Zersplitterung und gesellschaftlichen Isolierung linker Zusammenhänge Schritte zu gemeinsamen politischen Bestimmungen und zu gesellschaftspolitischer Relevanz zu unternehmen.

Um es bildlich darzustellen:
Seit längerem wird auf Bahnhöfen in Deutschland eine *"Aktion sauberer Bahnhof - bunte Geschäfte rein, dunkle Gestalten raus"* durchgeführt. Im Rahmen dieser "Aktion" wurden Plakatwände aufgestellt mit der Aufschrift: *"Aktion sauberer Bahnhof: Bitte nur hier sprühen"*. Darunter wird eine weiße Fläche zum Besprühen zur Verfügung gestellt. Übersichtlich, eingegrenzt und integriert in das konsumfördernd hochgestylte Erscheinungsbild der Bahnhöfe, die auf die Ansprüche der kleinen und großen Manager, der gutbezahlten Technokraten und Yuppies gestaltet wurden und werden. So soll oppositionelle Politik aussehen: Integrierbare Randerscheinung im Kapitalismus, die auf den Spielwiesen der formalen Demokratie ihren ergänzenden Beitrag leisten darf.

Das Verfahren gegen Ursel steht in einer Reihe mit vielen repressiven Maßnahmen der letzten Monate und Jahre gegen die politischen GegnerInnen des kapitalistischen Systems. Zahlreiche Verfahren gegen antifaschistische Organisierungen, Demonstrationsverbot anläßlich des EU-Gipfels in Essen, in dessen Folge 1.000 Menschen eingekesselt und festgenommen wurden usw. sollen im Vorfeld das Entstehen einer linken Kraft verhindern. Hetze, Verbotsforderungen und dubiose Steuerforderungen gegen die PDS sollen eine Partei, die sich z.B. in Bezug auf Asylgesetzgebung und weltweite Bundeswehreinsätze nicht dem "demokratischen Konsens" sämtlicher bürgerlicher Parteien angeschlossen hat, in die Knie zwingen.

Die Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD und die Initiativen für ihre Freiheit werden wieder verstärkt behindert. So wurden in den letzten Monaten stattgefundene Knastkundgebungen von der Polizei gestört und bedroht. Die Vernichtungspolitik gegen die Gefangenen wurde und wird durch die sogenannten Kronzeugenprozesse der letzten Jahre bis heute fortgesetzt. Zu den meist schon mehrmals lebenslänglichen Haftstrafen kamen weitere Verurteilungen hinzu, mit dem Ziel, die Gefangenen bis an ihr Lebensende einzumauern.
Selbst von den minimalen Möglichkeiten einer solidarischen Diskussion mit ihnen soll auch im Verfahren gegen Ursel abgeschreckt werden, wenn ihre gesamte Korrespondenz seit 1984 als "Beweismittel" beschlagnahmt wird.

Die völkerrechtswidrigen Verbote kurdischer Organisationen, die massiven Angriffe auf kurdische Protest-, Widerstands- und Kulturveranstaltungen im Zusammenhang mit Waffen- und Finanzhilfen an den türkischen Staat sollen eine Befreiungsbewegung zu zerschlagen helfen, deren Ziele von den hier lebenden Kurden und Kurdinnen aufgegriffen und auf die Straße getragen werden. Mittlerweise sind zwischen 150 und 200 kurdische Gefangene in den BRD-Knästen. Eine Reaktion auf die legitimen Kämpfe der in Deutschland lebenden kurdischen Menschen, die die stärkste oppositionelle Kraft hier darstellen.



Die Linke muß eine Kraft werden, die in der Lage ist, die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen

Selbstverständlich versucht der Staat, alle Schritte seiner politischen Gegner zu sabotieren, zu denunzieren, zu verhindern. Davon muß linke Opposition zu jeder Zeit ausgehen. Aber gerade die schon seit längerem andauernde existentielle Krise der radikalen und revolutionären Linken, die fehlende Perspektive der Linken insgesamt, bieten zahlreiche Ansatzpunkte und machen es den Repressionsapparaten leicht, mit differenzierten Maßnahmen anzusetzen - eine Art "Gesamtstrategie" im Innern anzuwenden, die politische, propagandistische, ökonomische, soziale, polizeilich-militärische und juristische Maßnahmen unterschiedlich gewichtet und kombiniert zum Einsatz bringt.

Anders ausgedrückt:
Es gibt einen Zusammenhang zwischen

- Dem systematischen Polizeiterror gegen sogenannte soziale Randgruppen und der Etablierung von "Runden Tischen", in denen die Arbeit von institutionalisierten "sozialen" Projekten direkt mit der Polizei abgestimmt wird.

- Den Waffenexporten und Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr und den Konsultationen zwischen Außenministerium und Amnesty International.

- Der Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand und Rita Süßmuths Aufruf zu mehr "Zivilcourage gegen Ausländerfeindlichkeit".

Es sind die beiden Seiten einer Medaille.

Nochmal zurück zu unserer Veranstaltung vom 17.10.. Anlaß waren ein Verfahren gegen eine Genossin wegen "Verunglimpfung des Staates", mehrere Verfassungsschutzangriffe im Saarland, ein Verfahren wegen "Nötigung" anläßlich einer Blockade der Saarbrücker Polizeikaserne in der Mainzerstraße nach dem GSG9-Überfall auf den Kurdischen Kulturverein u.a. Wir stellten dazu die zentrale Frage:

"Wie können die Prozesse von Selbstorganisierung und gesellschaftlichem Widerstand gegen die Kriminalisierung durchgesetzt werden?".

Sich dieser Frage praktisch und politisch zu stellen, muß für die gesamte Linke auf der Tagesordnung stehen. Mit jedem Angriff ist die gesamte linke Opposition gemeint. Über einmalige Betroffenheit und punktuelles Verhalten hinaus muß die dementsprechende Solidarität politisch konkret in einem organisierten Rahmen entwickelt werden.
Kein einzelner Zusammenhang, keine politische Gruppe kann alleine weder ihre Ziele durchsetzen, noch sich gegen die Repression behaupten. Auch die Diskussionen und praktischen Schritte dahin müssen entschlossen geführt und durchgesetzt werden. Dabei darf sich Niemand vom Staat vorschreiben lassen, mit wem, mit welchen Inhalten und in welchem Rahmen dies vonstatten gehen soll.

Wir fordern:

Offenlegung aller Aussagen des Verfassungsschutz-Agenten Steinmetz und Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang damit!

Einstellung des §129 a-Verfahrens gegen Ursel Quack!

Sofortige Rückgabe aller bei den Hausdurchsuchungen und Zellenrazzien beschlagnahmten Unterlagen und Gegenstände!

Januar 1995

B. HOGEFELD

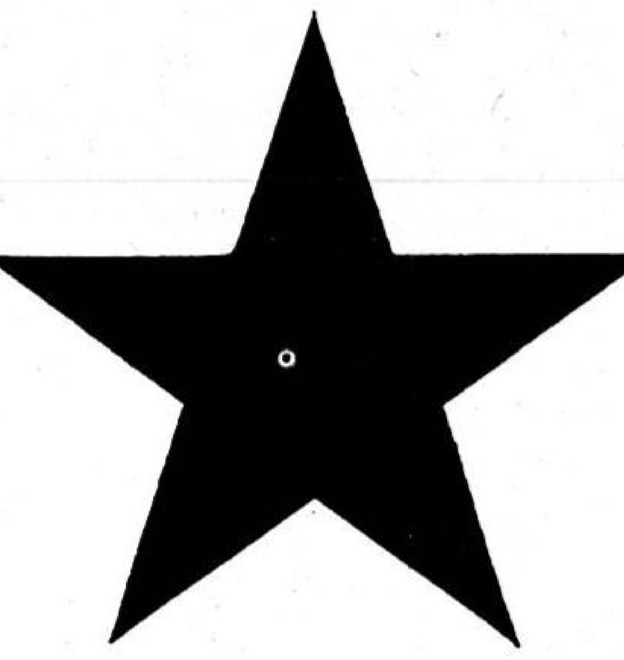
EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN BIRGIT HOGEFELD

in der nacht vom 14./15.01.95 haben wir am zaun des bundesgerichtshofes (bgh)in karlsruhe ein transparent angebracht.darauf steht:

EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN BIRGIT HOGEFELD

wir stehen mit dieser forderung nicht allein im raum.
obwohl die ereignisse in und um bad kleinen für den allgemeinen nachrichtenkonsumenten schon schemenhaft in der vergangenheit liegen, gibt es doch menschen,die weiterhin licht in das dunkel des filzes von politik und sicherheitsapparat bringen wollen.
und die auch wissen wollen,inwieweit die 3.gewalt in die planungsphase/vorlaufphase des geschehens in bad kleinen eingebunden war.
angedeutet hat die einbindung der damalige generalbundesanwalt von stahl in der 71.sitzung des innenausschusses des deutschen bundestages vom 02.07.93:
"zur frage,was der generalbundesanwalt mit dem ablauf zu tun hat und wie lange die vorlaufzeit war:die vorlaufzeit betrug mehrere wochen.an der planung war die bundesanwaltschaft intensiv beteiligt. auch in der sogenannten heißen phase,die mehrere tage betrug,waren bundesanwälte beteiligt. ...").(aus: protokoll der oben genannten sitzung vom 02.07.93,dort s. 84).
was wußte die generalbundesanwaltschaft darüberhinaus über die führung des v-mannes k.steinmetz durch den vs rheinland-pfalz ????
birgit wurde in bad kleinen verhaftet.im prozeß gegen birgit vor dem staatsschutzsenat des olg ffm. ziehen die baw,(vertreten durch die bundesanwälte hemberger und phillips)und die richter des senats an einem strang.das strickmuster dieser staatsschutzprozesse gegen genossen von uns ist seit x jahren im prinzip immer das gleiche, (berichte darüber gibt es zahlreich).
das gewünschte/angestrebte ziel des staates und auch seiner justiz in diesem verfahren,ist die verurteilung birgits zu lebenslanger haft.
weil wir den verlauf des prozesses gegen birgit nicht hinnehmen, haben wir die transparentaktion am bgh durchgeführt.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN
AUS RAF,ANTIFA UND WIDERSTAND !!!!



Anschlag auf Büro der CDU in Rostock

? Bärendienst für vietnamesische Asylbewerber ?

Auf die Kreisgeschäftsstellen der CDU und der FDP in Rostock sind in der Nacht zu Montag Anschläge verübt worden. Bei dem CDU-Büro schlugen Unbekannte drei Fensterscheiben ein und besprühten die Hauswand mit Parolen wie „BRD ist CDU-Staat". Ähnliche Parolen hinterließen sie bei der FDP-Geschäftsstelle.

Zu den Anschlägen bekannte sich eine Gruppe „Kommando Roter Angriff", die nach Auskunft der Polizeidirektion Rostock unter diesem Namen noch nicht in Erscheinung getreten ist. In einem Bekennerschreiben, das der CDU-Geschäftsstelle per Post zuging, wenden sich die Unterzeichner unter anderem gegen die geplante Abschiebung von Vietnamesen, die nur „dem Interesse des Kapitals" diene. „Dieser und weitere Hauptsitze der CDU" müßten sich darauf einrichten, „zu brennen".

Die Kripo Rostock ermittelt jetzt wegen Sachbeschädigung, aufgrund des offensichtlich politischen Hintergrunds habe sich aber auch die Abteilung Staatsschutz eingeschaltet, so ein Polizeisprecher. Als das denkbar untauglichste Mittel, gegen die geplante Abschiebung von Vietnamesen zu protestieren, bezeichnete der Geschäftsstellenleiter Reinhard Heidrich den Anschlag. Und der CDU-Generalsekretär von Mecklenburg-Vorpommern, Klaus Preschle, warnte davor, die „Gewalt von links" zu unterschätzen. Er forderte alle demokratischen Parteien auf, den Anschlag zu verurteilen.

Mit solchen Aktionen werde linker Politik ein schlechter Dienst erwiesen, sagte gestern PDS-Kreisvorsitzender Wolfgang Leuchter. Sie würden lediglich erneut als Vorwand benutzt, um eine „Gefahr von links" heraufzubeschwören. Dies mache die Reaktion des CDU-Generalsekretärs deutlich. *CLAUDIA SCHREYER, Schwerin*

Hinweise auf Veröffentlichungen und Initiativen im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Die InfoAG fordert dazu auf, Initiativen, Diskussionen und Fragen zum Prozeß, zu den Prozeßerklärungen von Birgit etc. zu dokumentieren.

- Die AG Geschichte aus Hannover hat einen Text zum Prozeß geschrieben, in dem zu den Aktionen, wegen derer Birgit angeklagt ist, jeweils knapp umrissen wird, in welchem Zusammenhang und vor welchen Hintergrund diese stattfanden. (Interim Nr. 302 / AG Geschichte, Infoladen, Kornstr. 28-30, 30167 Hannover)
- Im Rhein-Main-Gebiet erschien ein Plakat zum Prozeß (leider vergriffen).
- Die Tageszeitung ›Junge Welt‹ ist am ersten Prozeßtag (15.11.) mit einem 8-seitigen Dossier zum Prozeß erschienen. Es enthält neben Informationen und Kommentaren zum Prozeß auch einen Bericht von einem Besuch bei Birgit und einen Brief von ihr.
- Ein längeres Papier erschien von ›Kein Friede‹ in Frankfurt/M unter dem Titel»Glaubt den Lügen der Mörder nicht!«. Darin wird entwickelt, daß es im Prozeß gegen Birgit Hogefeld um eine ganze Phase politischer Kämpfe (nicht nur der RAF) geht. »Die Angriffe gegen die US-Airbase, Tietmeyer und Weiterstadt; die »Revolutionäre Front« und Bad Kleinen sind Stationen einer Entwicklung, die mit der heutigen Lage der (...) Linken in diesem Land eng verknüpft sind« Weiter geht das Papier auf das »linksradikale Schweigen« zu Bad Kleinen ein und reißt die »Steinmetzchen Folgeverfahren« an. »Die öffentliche Sprachlosigkeit über die eigene Geschichte, politische Verwicklung und Verantwortung, sowie die daraus zu ziehenden Konsequenzen, vereinfachen es den Justizbehörden, politische Vorgänge kriminalistisch zu handhaben.«
- Von ›Kein Friede‹ gibt es auch eine Broschüre., die sich mit Bad Kleinen, Steinmetz und dem Bruch in der RAF auseinandersetzt: »Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken«, 100 Seiten, DM 5.- plus Versand, Bestelladresse: AWI 1992 c/o »3.Welt-Haus«, Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt.
- Eine fragmentarische Aufarbeitung zu Steinmetz erschien auch in Saarbrücken. »Die politische Defensive der radikalen und revolutionären Linken, der Zerfall ihrer Strukturen und das Loslassen erkämpfter Kriterien sind der Boden, auf dem Steinmetz gedeihen konnte. Die Stichworte hierzu sind : Individualisierung, Entpolitisierung, technisches Rangehen und informelle Strukturen.(...) Wir wollen mit dazu beitragen, den unerträglichen Zustand des Schweigens zu brechen.« »Like a rolling stone...«, Hrsg.: basis, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken, DM 2.- plus Porto.
- Bei der Pressegruppe c/o Infoladen Bambule, Schönhauser Allee 21, 10435 Berlin kann ein Pressespiegel zu Bad Kleinen bestellt werden. Er umfaßt den Zeitraum von 29.6.93 bis 20.3.94. 164 S., 10 DM in Scheinen im Voraus
- Das im Oktober 94 erschienene Buch »Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams« ist eine umfassende Dokumentation der ›Todesumstände‹ von Wolfgang Grams. Aus der detaillierten Rekonstruktion der Vorgänge vor, in und nach Bad Kleinen ergibt sich nicht nur, daß Wolfgang Grams ermordet wurde, sondern auch, daß dieser Mord nicht mit einem Ausraster eines einzelnen, dem Corpsgeist verpflichteten Elitebullen erklärt werden kann. Das Buch enthält außerdem zahlreiche Beiträge mit Hintergrundinformationen z.B. zur Kontinuität der Todesschußfahndung in der BRD seit Anfang der 70'er Jahre, zur Funktion der angeblichen Objektivität von wissenschaftlichen Gutachten, zur veröffentlichten Meinung der bundesdeutschen Chef-Kolummnisten, zur KGT... Weitere Schwerpunkte sind die Auseinandersetzung um den Spitzel Klaus Steinmetz und die staatliche Repression, insbesondere der Prozeß gegen Birgit Hogefeld. Edition ID-Archiv, 320 S., DM 29.80

bad kleinen
und die erschiessung von wolfgang grams

Nächste Prozeßtermine

immer Dienstags und Donnerstags
Einlaß 8 Uhr 30, Beginn 9 Uhr

6.12. – 8. 12. – 13. 12. – 15.12. – 20. 12. (23. 12.) – 3. 1. – 5. 1. – 10. 1. – 12 1. – 17.1. – 30.1-

Technics zum Prozeß-Info

Das Prozeßinfo wird in Wiesbaden gemacht. Zuschriften gehen an die Adresse: Info-AG zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden.
Das **Telefon** ist mittwochs von 17 bis 19 Uhr und freitags von 18 bis 20 Uhr besetzt: 0611 / 44 06 64.
Info: Über das Telefon kann auch erfragt werden, welche Punkte bei den folgenden Prozeßterminen anstehen - soweit das vorher bekannt ist -. Besuchsplanungen von größeren BesucherInnengruppen sollten über das Telefon koordiniert werden.
Der **Vertrieb** des Prozeßinfos ist bisher nur vorläufig organisiert. Eine zentrale oder mehrere dezentrale Vertriebsgruppen werden noch gesucht.
Die Nr. 1 wird wie folgt verbreitet:
- Hamburg / Hannover / Lübeck / Kiel / Bremen: über Privatpersonen, in Infoläden usw. nachfragen
- Berlin / Ex-DDR: »Für die Freiheit der politischen Gefangenen«, c/o Rote Sage, Falckensteinstr.. 46, 10997 Berlin
- Heidelberg / Mannheim: über Privatpersonen, in Infoläden usw. nachfragen
- Stuttgart: Infobüro für polit. Gefangene, Möricketsr. 69, 70199 Stuttgart
- Saarland: basis, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken
- Bayern: Infobüro c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg

Regionale WeiterverteilerInnen, die auch hier in der Liste als Verteilstellen aufgeführt werden wollen, können sich in Wiesbaden melden und erhalten ein kopierfähiges Exemplar. Einzelversendungen können von Wiesbaden aus nicht erfolgen

Prozeß-Spendenkonto

Da sowohl die Kosten im Todesermittlungsverfahrens zum Nachteil Wolfgang Grams sowie die Kosten des Verfahrens gegen Birgit Hogefeld von den Angehörigen alleine nicht getragen werden können, sind Spenden dringend notwendig:

Spendenkonto:
Sonderkonto V. Luley, »Bad Kleinen«
Postgiroamt Frankfurt,
BLZ 50010060, Kto.-Nr. 16072-603

!

Üb immer Treu und Redlichkeit

Am 11. Dezember fand in Potsdam eine Demonstration unter dem Motto: „Üb immer Treu und Redlichkeit" statt. Anlaß war ein Jubiläum. Das Vorschaltgesetz des Polizeigesetzes des Landes Brandenburg wurde 3 Jahre alt.

-§ 11 Absatz 2 dieses Gesetzes: „Beim Einsatz von Polizei als geschlossene Einheiten hat jeder Angehörige der Polizei zur Gewährleistung der Identifizierbarkeit deutlich sichtbar eine Dienstnummer zu tragen."

Der Brandenburger Innenminister Alwin Ziel verhinderte jedoch die Umsetzung dieser Bestimmung, welche vom „Runden Tisch" der DDR als Reaktion auf Übergriffe von DDR-Polizisten im Oktober'89 entwickelt wurde. Auf eine entsprechende Anfrage des Bündnisabgeordneten Rolf Wettstädt im Landtag vom März'94 antwortete der Minister mit 41 Sätzen, als einem Konglomerat von Ausflüchten.

Bereits seit einem Jahr wird auch eine Verpflichtungsklage gegen den Potsdamer Polizeipräsidenten Detlef von Schwerin zum Tragen von Dienstnummern seiner BeamtInnen verschleppt. Bei der „Auftakt"-Wahlkampfveranstaltung der SPD wurden dem Brandenburger Ministerpräsidenten Stolpe Ausweise, Pässe und ein Aufruf übergeben - deren UnterzeichnerInnen auch nicht mehr identifizierbar sein wollen. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Flugblattverteiler brutal von einer Schar Polizisten mißhandelt. Die UnterzeichnerInnen des Aufrufs werden in diesem Zusammenhang unschuldig verfolgt. Erfundener Anzeigenvorwurf der Polizei: Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte...
Auch die breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit und Anfragen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung erbrachten bisher nicht den gewünschten Erfolg. Deshalb hatte die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, der INFOLADEN und die Bürgerinitiative gegen Korruption und Amtsmißbrauch zu der Demonstration aufgerufen.
Etwa 300 Leute kamen an diesem naßkalten 3. Advent. Der „Umzug", an dem auch eine Weihnachtsfrau und ein Engel teilnahmen, startete am „Denkmal des Unbekannten Deserteurs". Vom Lautsprecherwagen schallten bekannte Strophen; wie etwa: „Und wenn ich mal groß bin, damit ihr es wißt, dann werde ich auch solch ein Volkspolizist. Wir helfen den Menschen - ich bin mit dabei - wir schützen die Kinder, als Volkspolizei." und „....da hilft nur noch Hubschraubereinsatz !". Damit wurde sogar einigen der cirka 30 ZivilpolizistInnen ein Schmunzeln oder ein Brummen entlockt. Uniformierte Polizei und Bundesgrenzschutz war lediglich im Hintergrund auszumachen. Nur der Polizeidirektor und eigens geschulte Kontaktbeamte verteilten „Hab Vertrauen"-Flugblätter. Diese waren lustig getitelt mit: „Stellt Euch vor, es wäre in Potsdam eine Demo und... Kein Polizist geht hin!". Das konnten sich die Angesprochenen sehr gut vorstellen.

Nachdem schließlich ein Transparent mit der Aufschrift: „Haut uns auf die Fresse - aber mit Name und Adresse" entrollt ward, konnten auch zustimmende Bemerkungen von PassantInnen nicht mehr überhört werden. Etwa 10 pfeifend empfangene PolizistInnen in Kampfausrüstung kamen dann überflüssigerweise gegen Ende der friedlich verlaufenden Veranstaltung aus einer Seitenstraße als Eskorte dazu. Die Provokation wurde verstanden. Die BeamtInnen wurden unverzüglich und ausreichend (auf Schild, Helm und Uniform gleichzeitig) mit Hilfe von vorsorglich angefertigten Aufklebern durchnummeriert. In der nächsten Seitenstraße verschwanden die derart Angegriffenen. Zum Abschluß wurde vor dem Polizeipräsidium ein Lagerfeuer entfacht. Als Brennmaterial standen aber leider nur Gesetzestextsammlungen zur Verfügung.
RednerInnen boten noch ein zusätzliches Kulturprogramm an, welches von Gedichtrezitationen bis zu Polemik reichte.

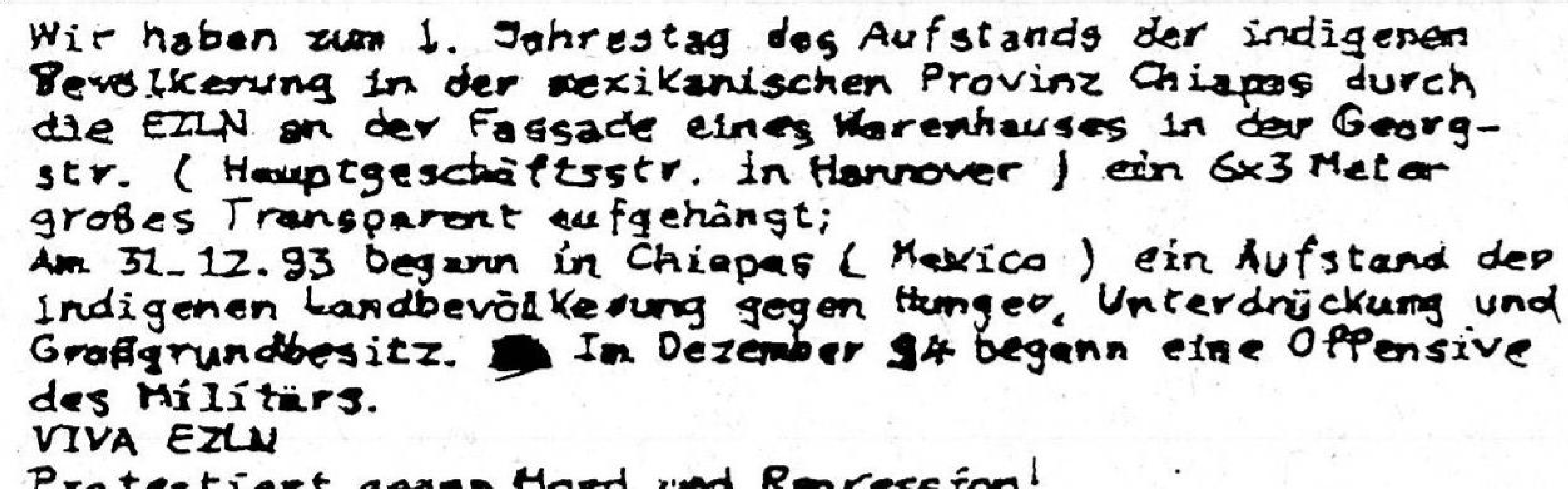
Ein Sprecher der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär wandte sich gegen die „*Klarstellungen*" von Alwin Ziel in dessen parlamentarischer Antwort.: Es sei zwar richtig, daß die PolizistInnen auf Verlangen ihre Dienstausweise zeigen müssen; von dieser Regelung sind aber gerade geschlossene Einheiten ausgenommen. Der Menschenwürde widerspricht auch nicht die Durchnummerierung aus deutscher Sicht, weil wohl niemand ernsthaft Uniform und KZ-Kleidung gleichsetzen kann. Auch können Widerstände der Polizeigewerkschaft oder der „Übergangscharakter" des Gesetzes nicht schwerer wiegen als der entäußerte Volkswillen in einer repräsentativen Demokratie. Dienstnummern sind auch kein unzulässiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von BeamtInnen. Sie stellen sogar ein milderes denkbares Mittel als Ausweise zur Identifizierung dar. Es bedarf auch keiner bundeseinheitlichen Gesetzgebung, da Polizeirecht Ländersache ist. Daß es zu einzelnen ungerechtfertigten Beschuldigungen von BeamtInnen kommen kann, ist auch klar. Die regelmäßige Einstellung von Verfahren gegen PolizistInnen wegen nicht erfolgter Identifizierung wiegt jedoch schwerer. Zudem könnte das Image der Polizei verbessert werden, wenn schwarze Schafe isoliert würden und ein Minister, der nicht auf die „Anwendung der gesetzlichen Bestimmung verzichtet", könnte sich ein wenig Glaubwürdigkeit verdienen.

Das gefiel auch dem Polizeidirektor Schultheiß und dem Einsatzleiter Grieger so gut, daß sie den VeranstalterInnen versöhnlich anboten, die gemachten Polizeivideoaufnahmen - vor deren Vernichtung - zusammen anzuschauen.

Die VeranstalterInnen hoffen, daß der Landtag sich nunmehr dem neuen Entwurf des Polizeigesetzes, der die Nummerierung nicht enthält, eher kritisch zuwendet.

Falko Drescher, Potsdam

VOLXSPORT





Nobel-Auto eines Bauinvestors brannte

Erneuter Schlag gegen Bauinvestor: An der Kurstraße in Nikolassee, vor dem Firmensitz des Unternehmens „Dr. Aldinger und Fischer Kapitalvermittlungs GmbH", zündeten Unbekannte am Sonnabend früh einen BMW an. Auch ein Jeep daneben brannte aus. Dr. Hendrik Aldinger soll – so ein Kreuzberger Baufachmann – in der Vergangenheit Immobilien-Projekte in Kreuzberg betreut haben. *pag*

wagensport

Vom Porsche bis zum VW: Schon 17 Autos in Flammen

■ *Brandstiftungen in allen Berliner Bezirken*

Von Walter Scharfenecker

Die Serie der Brandstiftungen an Autos reißt nicht ab: In der Nacht zu gestern traf es wieder zwei Wagen. In Kreuzberg brannte ein Camaro aus. Wenig später in Weißensee ein Geländewagen Izuzu Trooper. Seit Jahresbeginn sind damit in Berlin 17 Autos durch Brandstifter angezündet oder beschädigt worden. Der Staatsschutz ermittelt. Bei den Tätern vermutet die Kripo fast immer Gruppierungen aus dem gleichen Umfeld. „Häufig scheint „Klasse gegen Klasse" dahinterzustehen, wie die Beziehungstaten klar ausweisen. Mal werden nur amerikanische Autotypen oder teure Geländewagen Opfer. Hierbei sei das Täterfeld ebenfalls derselben Gruppierung zuzuordnen", so ein Kripobeamter. „Ich vermute, daß auch normale Autotypen wie Golf oder andere auf das Konto derselben Gruppierung gehen, nur um abzulenken", so der Kripomann. „Spontan laufen solche Sachen eigentlich nicht ab. Bis auf Ausnahmen im Rauschzustand."

Die weiteren Fälle:

■ 3.Januar: In Charlottenburg brennt ein Mercedes. Zwei Autos daneben werden beschädigt.
■ 6.Januar: In Lichtenberg geht ein VW Golf in Flammen auf. Ein [illegible] und ein Pkw werden in Mitleidenschaft gezogen.
■ 8. Januar: In einem Parkhaus in Reinickendorf brennt ein R 21 aus.
■ 10.Januar: In Steglitz brennen ein Porsche 966 und ein Opel Vectra. Kurz darauf eine Corvette. Am Abend in Treptow ein Nissan, ein Mazda, ein Honda und ein Opel.
■ 14.Januar: In Nikolassee brennen ein Jeep Cherokee und ein BMW einer Immobilienfirma.

erklärung

am 14.01.95 19.30 uhr brannte bei der mercedes-benz niederlassung greifswald, belmlerstr. ein luxus-wagen aus. (sec-190.000dm) wir haben das feuer gelegt.
das auto ist ein symbol- als "spielzeug der reichen" für den fetten, sinnlosen luxus in einer welt voll hunger und elend. wer so ein auto besitzt, hat das geld dafür geklaut- wie auch immer.
daimler-benz ist ein symbol- "als führender industrie- und rüstungskonzern in deutschland" für die, die an jedem krieg gewinnen, denen mensch und natur egal sind. ob mit den nazis oder der cdu- daimler war immer dabei.
auch unser feuer ist ein symbol- gegen die menschenverachtende geldgier, als symbol für das feuer in unseren herzen, das sich nicht kümmert um gesetze und sucht nach einer besseren welt. und als symbol für unsere solidarität mit den menschen von "anatopia", für das geräumte hüttendorf gegen die mercedes-teststrecke im papenburger moor.

die autonomen feuerdrachen

Angesichts der Nichtbeachtung in den linken Medien habe ich mich durchgerungen, nochmal was zu den Vorkommnissen im Spätherbst letzten Jahres in London zu schreiben, wo ich anläßlich des "Anarchy in the UK"-Festivals hingeradelt bin.

No M 11 Link Road-Campaign

Widerstand gegen Autobahn und Autowahn

Hierzulande wird ja wirklich nur wenig gegen die Autolobby gemacht. Es gibt das Hüttendorf "Anatopia" gegen die Mercedes-Teststrecke bei Papenburg (das Dorf soll demnächst geräumt werden). Der Widerstand wird sich dort in der Bauphase wohl kaum aufrechterhalten lassen, sollten nicht noch mehr aktive Autowahngegner dorthin ziehen. Dann gibt es noch das Hüttendorf gegen die A 33 in Dissen (zwischen Bielefeld und Osnabrück). Es ist schon einmal geräumt worden, und auch dort sind zu wenig Leute, um die Bauarbeiten kontinuierlich zu behindern. Als das "Einheitsgeschenk" Ostseeautobahn neulich um einige Bagger gebracht wurde, hatten die staatstreuen Umweltschützer vom BUND nichts besseres zu tun, als sich von den Feuerteufeln zu distanzieren. Dies sei nicht die geeignete Widerstandsform. Besser als sich den Arsch im Büro breit zu sitzen, meine ich.

In England sieht es besser aus. Zwar hat sich auch dort meines Wissens noch kein größenwahnsinniges Projekt endgültig stoppen lassen, doch gelingt es der Ökoguerilla dort immer wieder durch spektakuläre Aktionen in die Öffentlichkeit zu treten. Strikt gewaltfrei, versteht sich. Wenn nachts dann mal ein Bulldozer abflämmt, weint aber auch keiner, im Gegenteil.

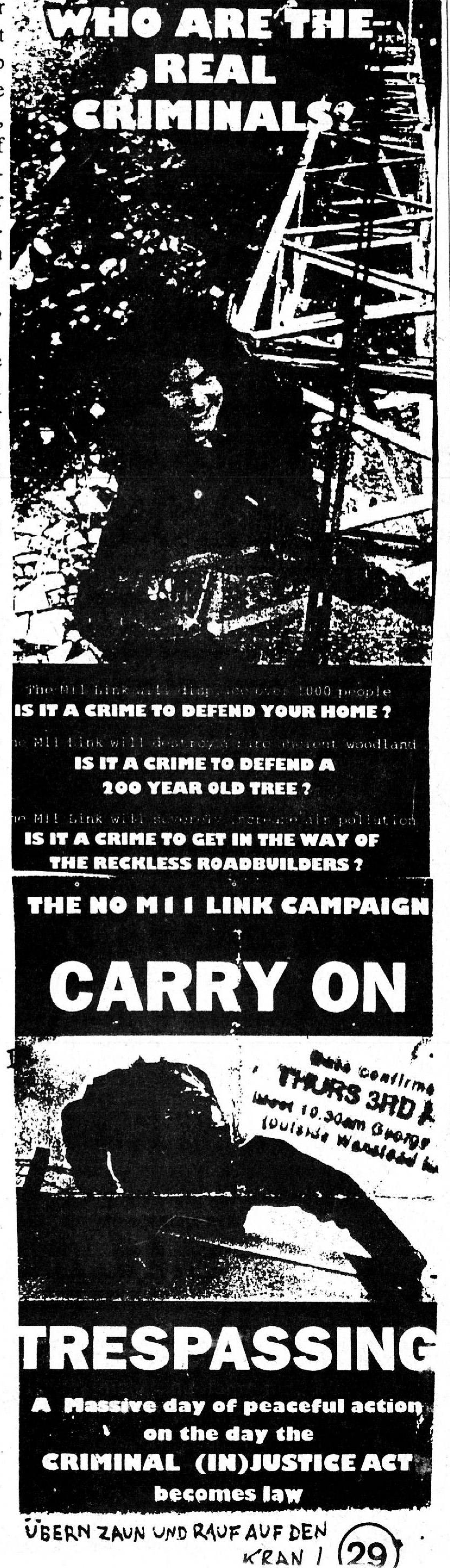
In England, Wales und Schottland gibt es mindestens sechs oder sieben Anti-Road-Camps. Bis vor kurzem waren Baustellenblockaden dort noch legales Mittel des Protests. Diese Tradition läßt sich trotz der neuen Gesetze ("Criminal Justice Bill", die Großbritannien an die EU-Maßstäbe angleichen soll) nicht von heute auf morgen vernichten.

Vor drei Jahren machte Tyford-Down Furore, als Bauarbeiten massiv über Monate hinweg unmöglich gemacht wurden. Als nächstes geriet der Kampf gegen die Motorway 11-Linkroad in Ost-London in die Schlagzeilen. "Entmietete" und enteignete Häuser wurden besetzt, Baumhäuser wurden gebaut, just da, wo die Autobahn hin soll. Die Republik "Wanstonia" wurde ausgerufen. Der Kampf um den Sweet Chestnut Tree, den Eßkastanienbaum wurde zur Legende. Schließlich hatten die Schergen, Bonzen und Bauarbeiter alles geräumt, aber auch jetzt gibt es noch regelmäßig Blockaden der Baustelle, von März bis April ´94 sogar tagtäglich.

Letzte Bastion des Widerstands war die Claremond Road, hier hatte sich zuletzt alles konzentriert. Die besten Barrikaden gab es hier, und eine ganze Straße (ca. 30 kleine Arbeiterhäuschen) wurde rechtsfreier Raum, wo nachts Lagerfeuer loderten, Tekkno auf die Straße niederprasselte (ist in London leider noch beliebter als hier). Alles war voller Kunstwerke und Malereien - wie im Traum. Es gab massive Unterstützung von sogeannten "Normalos". Eine 92jährige, Oma Dolly, die in der Claremond Road geboren worden war, blieb bis zuletzt aktive Autobahnbrecherin.

Schon seit dem Sommer gab es aktute Räumungsbefürchtungen, im Oktober dann wurden mitten aus der Straße vier Häuser herausgerissen. Die Autolobby in Form von etwa 20 Securities, einem Bagger und einem hohen Zaum hatte ihren Fuß in der Straße. Langsam waren die Leute so gestreßt von dem Räumungsdruck, der ein friedliches Leben unmöglich machte, daß sie sagten: "Hoffentlich kommen sie heute". Mit jedem Mal, wo umsonst mobilisiert wurde, sank natürlich die Motivation. Am Montag, dem 28. November ´94 kam dann die Räumung. Die umliegenden Straßen wurden abgesperrt, Busse und Autos umgeleitet, und Fußgänger durften nur bei Vorlage eines Ausweises oder in Begleitung von Ordnungshütern passieren. Die Straße war relativ schnell bis auf einige Leute geräumt, die sich einbetoniert hatten und mit Preßlufthämmern rausgeholt werden mußten. Etwa 500 Leute hatten sich auf, in und unter den Häusern, auf Bäumen und Baumhäusern, auf einem riesigen Turm aus Gerüststangen, der auf(!) ein Haus gebaut wurde, und auf Netzen, die zwischen Häusern und Bäumen gespannt waren, verschanzt. Einige Häuser waren zu regelrechten Bunkern umgebaut worden. Aufgefüllt mit Sperrmüll, verschweißt und betoniert - irgendwo ganz unten war dann eine Tonne, wo jemand drin hockte. Für die Räumung waren "Bayliffs" zuständig, eine mögliche Übersetzung dafür wäre Gerichtsvollzieher. Die x-hundert Schergen waren lediglich für die Straße zuständig. Kurz und gut, es gab hunderte von spannenden, herzzerreißenden, lustigen, peinlichen usw. Anekdoten zu erzählen von dieser Räumung, die mindestens fünf Tage und Nächte dauerte. Ich hoffe, es wird noch mehrere dieser Kämpfe geben, und kann nur raten: Wenn ihr erfahrt, daß sich so eine revolutionäre Situation irgendwo anbahnt, zögert nicht und fahrt hin. Mein Tip: "Anatopia"-Räumung demnächst, Castortransport, "Bambule"-Räumung. ... Hauptsache Widerstand!

Assi Reise



*STATT*KINO BERLIN e.V.

Haus der Demokratie,Friedrichstr.165,10117 Berlin,Tel.:(030) 2010533,Fax(030) 2292195

-PRESSEERKLÄRUNG-

Stattkino Berlin wird ab Januar 1995 sein Programm vorerst einstellen. Wir sehen uns zu diesem Entschluß gezwungen, weil die durch den laufenden Betrieb des Kinos auffallenden Kosten wie Miete und Verleihgebühren ("Personalkosten gibt es nicht") durch die Einnahmen nicht gedeckt werden und auch der Träger des Projektes, Stattkino Berlin e.V., einfach keine weiteren Mittel aufbringen kann. Andererseits widerspricht es unserem Anspruch, uns von staatlichen Institutionen abhängig zu machen oder kaum erschwingliche Eintrittspreise zu verlangen.

Wir haben seit Februar diesen Jahres politisches Kino durchgeführt, mit thematischen Filmreihen Schwerpunkte linker, alternativer Bewegung dokumentiert, so z.B. durch Filmreihen zur Stadtguerilla, zur Anti - AKW - Bewegung, Startbahn West oder zur HausbesetzerInnen - Bewegung.

Wir bedanken uns bei allen, die durch Spenden oder einfach durch ihr Kommen unser Projekt unterstützt haben und dabei die Geduld hatten, ihre TECHN. Qualitätsmaßstäbe an ein Kino oftmals deutlich zu senken.

Nur ist die Anzahl derjenigen, die kamen, eben zu wenig, um einem unabhängigen Programmkino eine dauerhafte Exsistenzberechtigung zu geben, zudem sich bei linker Geschichte das Interesse der meisten (auch der Medien) auf das Thema RAF beschränkt. Doch das sollte es für uns nicht sein.

Kollektiv Stattkino

Spendenkonto:
Berliner Sparkasse, Konto 573811636, BLZ 10050000

28.1. in der AHA

FILM "VERZAUBERT"

Interviews mit Lesben und Schwulen, die das 3.Reich überlebten

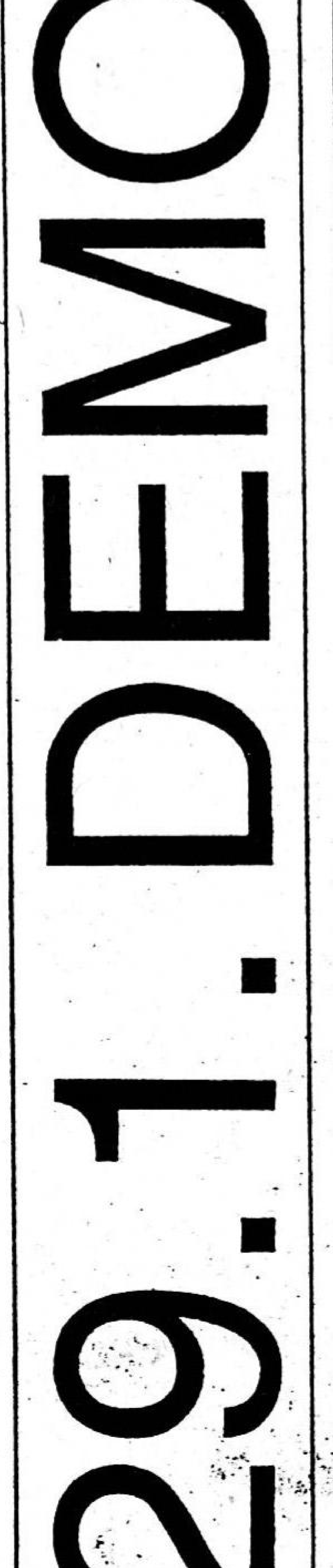
GESPRÄCH mit Günter Grau

Autor des Buches "Homosexualität und Faschismus"

Beginn: 20.00 Uhr

Wo: AHA
Mehringdamm 61

Von und mit der
SCHWULEN ANTIFA



Erinnern wir uns an 1933 - Kampf den alten und neuen Nazis

Demonstration zum 52. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler

Gemeinsam gegen die FAP

Für einen starken SCHWULEN BLOCK

13.45 Uhr am Thälmanndenkmal

SCHWULE ANTIFA

Demo gegen Räumung in Bielefeld
21. 1. 95, 12.00 Uhr
Oetker-Halle Bielefeld

Häuser- und Wagenburgen- KAFFEEKLATSCH
jeden 2. und 4. Sonntzag im Monat
ab 15.00 Uhr in der Lychener Str. 60
nächster Termin:
SONNTAG, 22. 1. 95



CLASH:

Uferstr. 13, Berlin Wedding, U 9 Nauener Platz, U 6 Pankstr. tägl. ab 18 Uhr, Do FrauenLesbenabend

Freitag, 13.1.95
20.00 Uhr
Infoveranstaltung im **CLASH** zum **Autonomie-Kongress** Ostern '95
Hier soll andiskutiert werden, ob es schon Meinungen zum "Autonomie-Kongress" und folgenden Themen gibt: Bestandsaufnahme und Kritik autonomer, linksradika undogmatischer Politik - Was nun? Organisierung, Widerstand, Träume, Utopien? Wer macht eigentlich noch radikale Politik mit revolutionärem Anspruch? Revolut täglich (?) oder gar nicht?

Sonntag, 15.1.95
21.00 Uhr
Jim Jarmush Videofilmreihe im **CLASH**: **"Mystery Train"**

Mittwoch, 18.1.95
21.00 Uhr
Videofilm im **CLASH**: **"Die verlorene Ehre der Katharina Blum"**, nach dem Rom von Heinrich Böll

Freitag, 20.1.95
20.00 Uhr
Guatemala-Infoveranstaltung im **CLASH**: Guatemalas Flüchtlinge kehren zuruck
Der Kampf um Land und Gerechtigkeit. Diavortrag eines Flüchtlingshelfers, in Zusammenarbeit mit dem Guatemala Komitee im LAZ.

Sonntag, 22.1.95
21.00 Uhr
Jim Jarmush Videofilmreihe im **CLASH**: **"Night on Earth"**

Mittwoch 25.1.95
20.00 Uhr
Antifaschistische Videos im **CLASH**: **"Linke Opposition in Moskau"**
AktivistInnen stellen selbst ihre Projekte vor.
Zweiteiliges Dokumentarvideo, 150 min, Berlin 1994

Sonntag 29.1.95
21.00 Uhr
Videofilm im **CLASH**: **"Terroristen"**. Spielfilm über ein fiktives Attentat auf den Oggersheimer.

GEWALT/Geschäfte

Ausstellung der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst mit Unterstützung des Kunstamts Kreuzberg und des Schwulen Museums vom 10.12.1994 bis zum 19.2.1995

Mit der Vortrags- und Diskussionsreihe zur Ausstellung GEWALT/Geschäfte möchten wir die Debatte über theoretische und künstlerische Probleme im Umgang mit Gewalt und ihrer Darstellung erweitern. Gleichzeitig bieten wir einem breiteren Publikum die Gelegenheit zum Gespräch mit den Künstlerinnen und Künstlern.

21. Januar 1995, 20 Uhr
The Supermasochist
Vortrag und Lesung von Bob Flanagan und Sheree Rose
Künstlerhaus Bethanien, Studio II, Mariannenplatz 2, Berlin-Kreuzberg

22. Januar 1995, 20 Uhr
Körperkonzepte und Performance-Art
Gewalt als Metapher für patriarchale Verhältnisse
Podiumsdiskussion mit Valie Export, Bob Flanagan, Isabell Graw und Sigrid Schade
Moderation: Ingrid Wagner-Kantuser
Künstlerhaus Bethanien, Studio II, Mariannenplatz 2, Berlin-Kreuzberg

4. Februar 1995, 20 Uhr
Vortrag von Tim Rollins über seine künstlerische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus der South-Bronx
KATO im U-Bahnhof Schlesisches Tor, Berlin-Kreuzberg

19. Februar 1995, 15 Uhr
Gewalt- und Machtverhältnisse II
Im Spannungsverhältnis zwischen Politik und Philosophie
Ein Gespräch mit bell hooks und Rada Ivekovic
Moderation: N.N.
KATO im U-Bahnhof Schlesisches Tor, Berlin-Kreuzberg

Universität Staatsschutz

Konfrontation – Kooperation

Podiumsdiskussion
Donnerstag, 19. Januar 1995
Beginn 18 Uhr
Raum H 110

TeilnehmerInnen:
Universitätspräsident Prof. Schumann
Vizepräsident Prof. Steinmüller
VertreterIn der Humanistischen Union/CILIP (Bürgerrechte und Polizei)
VertreterIn des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA)
TeilnehmerInnen angefragt:
VertreterIn der Senatsverwaltung für Wissenschaf und Forschung
VertreterIn der Senatsverwaltung für Inneres
VertreterIn der Berliner Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger e.V.

Fragestellungen:
- Politisches Mandat der Studierendenschaft/AStA
- Auseinandersetzung mit polizeilichen Ermittlungsmethoden
- Zusammenarbeit öffentlicher Verwaltungen/Universitätsleitung mit der Politischen Polizei
- Rolle der Hochschulen in der Gesellschaft
- Verhältnis Universitätsleitung/Studierende

Eine Veranstaltung des AStA TU und der TU Berlin



ANTIFA-SOLI-FETE

⚢ ⚤ ⚣ für die SCHWULE ANTIFA

AB 21.00 UHR
Buntes Galaprogramm

FILM
»Battle of Tuntenhaus«
(über das Tuntenhaus
in der Mainzer Straße)

DURCH DEN ABEND
(BE)GLEITEN
Blenda und Atrix

STARGÄSTE
Rotz und Wasser
Wilhelmine mit
Küchenliedern

ANSCHLIESSEND
Nicht-bloß-H-Milch-Fete
multi-mixed-music
guaranteed



SONNABEND
21.1.95

KÖPENICKER STRASSE 137

U8-Bhf. Heinrich-Heine-Straße

V.i.S.d.P.: ERNA MÜLLER, STRASSE DER PARISER KOMMUNE 42, 10243 BERLIN

GALA DER CHÖRE



Es singen Chöre aus :

Bremen
Göttingen
Hamburg
Hannover
Berlin

20.00 h
im Ex

Einlass: 19.00 h

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Eintritt: 7,- DM